

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Januar 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verfallungs-, Bergnützungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verhäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 3

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Presse:** Das Buchgewerbe in seiner technischen, wirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Entwicklung, III.

**Das Buchgewerbe im Auslande:** Österreich. — Belgien. — Frankreich.

**Gewerkschaftsrevue:** Rückblick.

**Störspendungen:** Berlin (S. B.). — Willenburg-Herborn. — Eilenburg. — Jena (M. M.). — Mühlh. i. W. (M. M.). — Nürnberg (M. M.). — Wiesbaden.

**Arbeitsmarkt:** Meisterprüfung. — Doktorexamen eines Buchdrucker-Gehilfen. — Gehworenenauslösung. — Konkurs. — Müllrätcher Bonhoff von Zeilungen. — Eine bedauerliche Verletzung des Adreßkatalogsgeheimnisses. — Physiologische Untersuchungen über die Streiffrage (Fraktur oder Antiqua). — Gegen den Fremdwörter-Import. — Zur wirtschaftlichen Verhinderung des Arbeiteres. — Die Unternehmung gegen die Gesellschaft für Soziale Reform. — Das Projekt einer deutschen Streikpolizei. — Schenkungen der neuen Reichsversicherungsordnung. — Verfall von Volksversicherungen.

### Das Buchdruckgewerbe

in seiner technischen, wirtschaftlichen, sozialen und organisatorischen Entwicklung

#### III.

#### Von den Schmalzmaschinen.

In der Technik bedeutet Stillstand Rückschritt. Seitdem die technische Revolution auch das Buchdruckgewerbe ergriffen hat, geht es hier unaufhaltsam vorwärts, wenn auch manches fehlschlägt oder die Prinzipie baldigst hervorzu-treten. Aber durch den unermesslichen Eifer der Erfinder und Ingenieure gelang doch vieles zum Ziele. Wir sehen dies in unserm Beruf am allerdeutlichsten an den Schmalzmaschinen.

Die Linotype, die bisher fast überall die weiteste Verbreitung fand, erfährt wiederum Verbesserungen. Der sogenannte Doppeldecker erhielt in mancherlei Beziehung eine andre Gestalt; statt der zwei Reihen Auslösestäbe ist nur noch eine Reihe vorhanden. Es werden nicht mehr die Stäbelauslösungen gewechselt, sondern die Magazine gehoben oder gesenkt nach dem Prinzipie des Dreideckers. Sonstige Konstruktionsänderungen sind nach den Erfahrungen der Praxis vorteilhaft vorgenommen worden. Der Sammelröhren erhielt eine sichere Führung. Der zweite Ablegekasten ist durch einfachen Handgriff zu entfernen usw. Die zur Verwendung gekommenen Handmatrixen fallen nicht mehr wie Zwiebelhäute in ein Kästchen. Sie reihen sich in richtiger Folge auf einer Art Winkelhaken, über der Klaviatur befindlich, auf. Am das eingehangene Wort in richtiger Reihenfolge bebüht eventuelle nochmalige Verwendung auf der Sammelvorrichtung ausstellen zu lassen, braucht man nur dem Ausfallschlauch eine Wendung zu geben. Diese Sammelvorrichtung, die nach Art der Zeilen-sammellvorrichtung konstruiert ist, wird auch an jedem andern Typ angebracht. Ferner wird an der Dose eine sinnreiche Vorrichtung gezeigt, um den Satz nicht mehr wie bisher mit Würfeln, sondern mit Einpunkts- eventuell Einzeihalbpunktspatzen hängen zu können. Der Apparat ist vor dem Spaltenkasten montiert und wird durch die Taste „Der Raum ist nutzlos“ in Tätigkeit gesetzt. Das Auslösen der Spalten geschieht nach Art der Auslösung der Spaltenkette. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Maschinenleher Max Hartmann und Schimmel in Berlin ein Patent zur Herstellung von Mustern auf der Linotype erwirkt haben, was jetzt in der Fabrik praktisch ausprobiert wird.

Mit einer weiteren Neuerung trat die Mergenthaler Schmalzmaschinenfabrik an die Öffentlichkeit: dem verteilbaren Messerblock bis zu 36 Punkten. Dadurch ist es möglich geworden, Schriften bis zu drei Cicero Größe setzen und gießen zu können. Die größeren Grade werden mittels der sogenannten Spargußform gegossen. Das Umstellen von einem Regel zum andern an diesem verteilbaren Messerblock erfordert durch seine Einfachheit, da das Lösen irgendwelcher Schrauben fortfällt, nur kurze Zeit.

Die Stahlkäufe einzelner Matrizenstäbe am Typograph erhalten seit einiger Zeit eine abgeänderte Form durch eine kleine Aenderung. Diese kommt an den Matrizen-stäben von Borgia- und großen Peilkschriften, welche rechts und links an Sehapparate die drei am weitesten nach innen gelegenen Mäße einnehmen, in Frage. Bei Korpus- und größeren Schriften erhalten die Matrizen von je vier Buchstaben die erwähnte Aenderung. Der Zweck dieser Neuerung ist, daß sich die Matrizen gleich nach dem Fall und schon vor dem Ausschließen fast senkrecht ausrichten. Es bedarf mithin einer geringeren Kraft, um die Arbeit der Spaltenrinne zur Ausführung zu bringen, also einer weniger stark angepannten Ausschlußfeder als bisher.

Die Maschinenleher müssen sich daher ständig mit Neuerungen vertraut machen, wieweil diese ihnen auch meistens noch mehr Aufmerksamkeit abfordern und dadurch den vermeintlichen Rückgang der Leistungen nicht gerade beseitigen helfen.

Die Erweiterung der Schriftgarnituren wächst bei den Schmalzmaschinen natürlich ebenfalls immer mehr an, den modernen Ansprüchen der heutigen Verhältnisse entsprechend.

Von neuen Schmalzmaschinentypen wurden im abgelaufenen Jahre die folgenden angekündigt: Der Schweizer Nikolaus Meier konstruierte einen verhältnismäßig neuen Typ, nämlich eine Maschine, die Einzeltypen setzt und gießt, und zwar in einem Apparat, der nur von einem Manne bedient wird, ohne daß Lochstreifen verwendet werden. Sollte die Maschine praktisch verwendbar werden, so wäre der Monotypen ein ihr ähnliches Gegenstück gegeben. Die Firma Schiller & Co. in Detroit hat den Vertrieb der von der Universal Machine Company gebauten Universalmaschine übernommen. Von dieser Maschine verspricht man sich „Univerfelles“. Leistungsfähigkeit mindestens 12000 m (etwa 19000 Buchstaben) in der Stunde. Sie soll schon von einem zehnjährigen Kinde bedient werden können, kostet nur 1000 Dollar, wiegt nicht mehr als 225 kg und nimmt weniger Raum ein als ein einfaches Setzerregal. Sie bedarf keiner motorischen Kraft, ist also nur ein Apparat. Ob die vertreibende Firma auch die bedienenden Personen miteinsteuert, welche die angegebenen Leistungen herbeiführen, wird nicht gesagt. Eine weitere amerikanische Maschine ist die Rowotype, eine Zeilengießmaschine, hergestellt von der Ogden Rowotype Company in Chicago. Ferner haben sich in Amerika zwei weitere Schmalzmaschinenfabriken gebildet, welche Schmalzmaschinen nach den verfallenen Linotypenpatenten bauen: der Linograph von The Linograph Company Davenport (Iowa), Preis 1800 Dollar, und die Inter-type von der International Typesetting Machine Co. Letztere Gesellschaft und die amerikanische Morgensthaler Linotypengesellschaft haben in den amerikanischen Fach-journalen einen gegenseitigen Patentschutz durch gegenseitige Lizenzen eröffnet, nach dem Beispiele vor einigen Jahren in den deutschen Fachblättern zwischen der deutschen Morgensthaler Schmalzmaschinenfabrik und der General Compositing Company. Ob jenseits des großen Reichs der Streit ebenso durch Auskauf der Konkurrenz erledigt werden wird wie bei uns, muß abgewartet werden.

Durch die Fachpresse ging auch eine Nachricht, daß die vor 13 Jahren von dem Dominikanermönch Calendoli in Paris erfindene Calendoli-Schmalzmaschine, die man als längst verfallenen betrachtete, noch am Leben sei.

Bon der Bildliche verschwunden wird nunmehr die Graphotype sein, die eigentlich nur in Amerika ein geringes Absatzgebiet fand, denn die United States Graphotype Co. in New York, Fabrikantin von Schmalzmaschinen mit 2510000 Dollar Aktienkapital, hat ihre Zahlungen eingestellt.

Neben den Maschinenneuerungen hielten natürlich auch die von Hilfsapparaten, die die Praxis der Schmalzmaschinenbeschäftigten erforderlich machte, gleichen Schritt. Der Faktor Karl Schindler jun., Sohn des Buchdrucker-eigehers C. Schindler in Ebersberg-München, hat einen Sicherheitsbolzen mit Gewinde konstruiert, der den Gießkessel der Schmalzmaschine schonen soll. Einen ähnlichen Bolzen in Form eines konischen Rundstabes mit Einzeihalbpunktschneidung empfahl schon einmal der Erfinder der Rowotype, F. Schimmel in Nancy. Der Zweck ist folgender: Wenn der Gießkessel der Schmalzmaschine angeheißt wird, so wird die untere Bleischiicht zuerst flüssig, während die Oberfläche einen dichtschießenden Deckel darüber bildet. Nach dem Gießen, daß Wärme die Gegenstände ausdehnt, entsteht eine ungeheure Spannung im unteren Teile des Gießkessels, und das flüssige Blei sucht sich irgendwo einen Ausgang. Durch die Poren des Kesselbodens wird das Blei hindurchgedrückt, wobei verschiedene Unannehmlichkeiten entstehen. Wird der Bolzen leicht eingeleitet des Abens vor Erkalten des Metalls in den Gießkessel gesteckt und morgens wieder entfernt, so ist für das am Boden zuerst schmelzende Metall ein ausdehnender Weg nach oben geschaffen durch die entstandene Öffnung der entsprechenden Stärke des entfernten Bolzens. Der Obermaschinenmeister Heinrich Blichmann in Steffen erhielt den Patentschutz auf eine typographische Schublehre, die auch zum Prüfen der Zeilenstärken dienen soll. Trotz schlechter Erfahrung mit dem schon früher aufgefundenen Zeilenzähler an Schmalzmaschinen konstruierte die Firma August Weisser in Stuttgart ihren Bogenzähler Scruator für Schnellpressen auch als Zeilen-zähler für Schmalzmaschinen. Ob zum Vorteil der Firma oder des Maschinenlehers? Der Monteur Streifholf erfand einen

mit Scharnier versehenen langen Finger am Matrizen-gellenbeförderungsstift der Linotype. Ein Herr Heinrich Oberhoffer in Berncastel meldete einen Trockenkasten aus Holz mit innerer Eisenblechverkleidung für Schmalzmaschinen an. Ein eigentlich recht unnützes Ding für den praktischen Gebrauch. In Hamburg wurde an einigen Maschinen eine Füllung der Gußform durch Preßluft angebracht. Welches System praktischeren Vorteil hat, die Wasserfüllung oder die eben erwähnte, ist noch nicht recht klar. F. Herold in Berlin konstruierte ein gefächelt geschlitztes Zeilenstichtschiff. Sind in den Satz z. B. Klischees einzubauen, so wird auf der Zeilengießmaschine nicht immer die gewöhnliche Zeilenbreite geändert, sondern die entsprechende Größe des Klischees blind gegossen. Diese blinden Zeilenstücke sollen dann gleich in einer ganzen Spalte (sowie Zeilen eben das Zeilenstichtschiff, facht), mittels Kreisläge weggeschliffen werden. Der seit einiger Zeit an den Schmalzmaschinen aller Systeme verwendbare und angebrachte Fink-Lutz-Gasregulator erfährt verschiedene Änderungen, da sich bei der bisherigen Verwendung verschiedene Mängel eingestellt hatten. Wie die sich Neugestaltung des von der Firma Technik, G. m. b. H., in Berlin vertriebenen Gasregulators bewährt, ist noch nicht eingehend ausprobiert. Der Mechaniker Louis Germann in Leipzig hat dem Doppelstabe für die Linotype eine andre Gestalt gegeben, um die verschiedenen Mängel, die bisher der Doppelstabe betraf, zu beseitigen. z. B. leichtes Auseinanderfallen, schweres Anheben, zu starker Grund-ausschlag und zu geringe Spreizungsfähigkeit. Die Kette haben eine Art Scharnier erhalten. Zu erwähnen ist noch, daß diese Neuerung unter Nr. 536901 gefächelt geschliffen ist. Aber eine eigenartige Erfindung schrieb die „Graphische Revue Österreich-Ungarns“: In der Art der Schmalzmaschinen kommt eine Ablegemaschine wohl etwas post festum. Immerhin ist der mit dem Patentschutz verfehene Apparat des „Wiener Kollegen Trientini“ interessant genug, um unsern Lesern, aus der Patentschrift eine eingehendere Beschreibung hier zu bieten. Die Grundidee bilden eigentlich die verschiedenen Zahnungen der Schmalzmaschinenmatrizen, die ihre zwangsläufige Führung in die zugehörigen Kanäle vermitteln. Die Ab-abhebung ist also, daß die Schrift mit einer bzw. zwei bestimmten Signaturen in unterschiedlicher Höhe versehen ist, um dem sehr sinnreich ausgedachten Lastmechanismus die Möglichkeit, den einzelnen Buchstaben zu sortieren, zu bieten. Für den Ausschluß ist dessen Dicke Sortierungsanhaltspunkt und der Lastmechanismus arbeitet hier nach dieser. Der abzuliegende Satz kommt auf eine schiffähnliche Vorrichtung, die die Abpaltung je einer Zeile durch den Mechanismus ermöglicht. Durch-schub wird dabei ausgeschlossen. Nun wird von der Zeile Typo weiter abgepalten. Den Ausschluß führen Tafel, nach dessen Stärke sortiert, in die hierfür bestimmten Fächer eines Kastens. Die Buchstaben passieren andre Laststreifen, und ihre unterschiedlichen Signaturen sind die Wegweiser, mittels deren die Tafel sie zu den für sie bestimmten Kästen bringen und dort abwerfen. Nicht nur für glatten, auch für gemischten Satz wäre der Apparat dann verwendbar, und seine Konstruktion ist auch entsprechend eingerichtet, wenn die betreffenden Schriften mit einer Extrainsignatur versehen sind, die den Lastapparat zu ihrer Weiterleitung in die Fächer eines zweiten, eventuell dritten usw. Kastens zwingen. Bei erst zu gießenden Schriften ist die Anbringung der nötigen Signaturen natürlich ein leichtes, bei schon im Gebrauche befindlichen mühten sie, um dieselben für den Ablegemechanismus brauchbar zu machen, nachträglich eingeholt werden. Die Lastsigna-turen sind an der Rückseite der Typen anzubringen ge-dacht und brauchen nur eine so geringe Tiefe zu haben, daß eine Behinderung beim Gehen in keiner Weise stattfindet. Der Betrieb des ganzen Mechanismus geschieht von einer Hauptwelle aus. Ihre Tätigkeit vollzieht sich gänzlich automatisch. Die ganze Konstruktion soll eine sichere, störungsfreie Funktion verüben. Der Ablegemechanismus ermöglicht das Abwerfen von Lettern direkt in den Geh-lästen oder auch in Behälter, aus welchen dann die Schrift in die Kästen nach Bedarf eingerastet wird.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Mergenthaler Schmalzmaschinenfabrik ein umfangreiches, alle Modelle umfassende Lehrreiches Institut herausgegeben hat.

Alles in allem muß auch diesmal wieder gesagt werden, daß das Schmalzmaschinenwesen rasch Fortschritte gemacht hat. Wenn schließlich auch die Herstellung neuer Maschinen in nicht so großer Zahl ersteigert wie in den beiden letzten Jahren, so war die Einführung der Schmalzmaschinen wohl kaum so zu spüren wie in vorvergangenen Jahre durch die ziemlich hohe Konjunktionslage. Mit fast jeder neuauft-

gestellten Maschine kommen womöglich Neuerungen, mit denen sich die Maschinenführer vertraut machen müssen, um nicht die „Mäcker der Sechsmaschinen“ herauszubekommen. Fortbildungsbefreiungen sind auch in der Maschinenführer-Liste an der Tagesordnung und dabei immer noch das Schlagwort „Rückgang der Leistungen!“

### Die Schnellsehmaschine.

Einer unserer Mitarbeiter für das Sechsmaschinengebiet schreibt uns zu dieser im Jahre 1913 so verdächtig angelegentlichem Zukunftsmusik folgendes:

Die Schnellsehmaschine hat infolge ihrer eigenartigen Zweckbestimmung eine Stelle Beunruhigung, andererseits Beugung hervorgerufen. Bei objektiver Betrachtung ist die Sache aber nach beiden Seiten nicht so schlimm. Um einen typographisch richtigen Lochtresten auf dem Satzapparat herzustellen, gehört wohl mehr dazu, als einen Brief oder ein Manuskript in Schreibmaschinenchrift herzustellen. Man lese sich nur einmal solche Manuskripte an und wundert sich diese auf die typographischen Regeln. Wie wird der Satzapparat aber zum Stillstand verurteilt sein, wenn die beschriebene Manuskripte zu verarbeiten sind? Ein gelehrter Setzer ist mit solchen Manuskripten sozusagen eher froh geworden. Dagegen irgend ein Mensch, der die „Satzarbeiten“ aus Billigkeitsgründen bedenken soll? Wie steht es mit den konvulsierten Arbeiten, fremdsprachlichen Wörterbüchern, Kataloge, Wörterbücher, Lexika, Lesebücher, Sprachbücher u. dgl. m. und doch auch Arbeitsgebiete der Schnellsehmaschine? Gewöhnliche glatte Arbeiten werden nicht allezeit als Futter für die Druckereien mit gewöhnlicher Schnellsehmaschine. Und mit solchen Druckereien wäre doch bei der Schnellsehmaschine nur zu rechnen, da man sie sich kauft, denn ein einziger Mann soll doch die „Satzarbeiten“ machen, die nur noch den Lochtresten automatisch abzugeben können, „bevollständigen“. Ja, und was macht denn die Korrektoren. Erstens die Hauskorrektoren sind dann die Autorenkorrektoren? Viele werden nicht ausbleiben. Selbst wenn der Autor sein Manuskript schon „korrigiert“ hätte. Zweitens gehört doch eine gelehrte Kraft. Die Mitschriften sind mühselig aber auch tüchtige Mitschriften. Die in die Setzungen zu befehlen. Das wird eher höher werden können als jetzt, ist doch sehr ersichtlich, ebenso ist die Maschine mindestens noch einmal so teuer als bisher, und dann ist die „Anzahl“ mit seinen elektrischen Präparaten unter der Leitung der Setzer auch kein ganz zuverlässiger, unbedingt vollständig höher arbeitender Apparat, der wohl eher überfordert ist, denn die Kosten in Relation gerät. Und der Apparat mit seinen billigen Mitschriften wird auch ungeschicktes Augenmerk erfordern. Selbst wenn man es jeder der oder fünf zu befehlen kann, die Mitschriften sind eine der Maschinenführer wohl benötigte „Kette“ oder „Kette“ der „Kette“, die in manchen Fällen die der Mitschriften ist und so ist. Die Setzungen an der Mitschriften sind und so ist. Die Setzungen an der Mitschriften sind und so ist. Die Setzungen an der Mitschriften sind und so ist.

Für kleinere Betriebe, die nur zwei bis vier Linotypes besitzen — es ist dies wohl die Mehrzahl der Schnellsehmaschinenbetriebe — würde die „Schwierigkeit“ mit der automatischen Schnellsehmaschine aus den gewöhnlichen Setzungen herauszuscheiden lassen. Abzinsen arbeiten und es ist nicht zu verschlechten Verfahren und Autoren, die nicht selbst eine Lochtresten haben, von den Druckereien das Abziehen auch noch ausfallen würde. Also einfach ist die Sache absolut nicht.

Für Setzungsbetriebe können höchstens die ganz großen in Betracht, die neben den Redaktionen noch Schreibmaschinenbetriebe anstellen hätten, und doch noch Maschinenführer aus den ungeschickten Setzungen haben können. Leicht wäre die Sache aber auch so nicht. Man denke einmal daran, daß sich in einer großen Setzungsredaktion alle Manuskripteingänge hauptsächlich auf eine ganz bestimmte, meistens kurz bemessene Zeit erstreckt. Lokal- und Provinzialberichte, Reichstags-, Bundes- und sonstige Parlamentsberichte, die meisten politischen Nachrichten, Telegramme usw., Korrespondenzmitteilungen u. dgl. m. Sind diese Eingänge alle durchzugehen, geprüft und redigiert, sollen sie erst auf dem Satzapparat gedruckt und dann erst in die Setzungen einfließen werden. Da ist die Zeit unter dem heutigen aktuellen Verhältnisse doch zu knapp. Denn währenddem die Manuskripte selbst von einer größeren Anzahl von Schreibarbeitern geleistet werden, wäre der Satz von den gewöhnlichen größeren Anzahl vorhandenen Linotypes bereits hergestellt. Ebenso unzulänglich und mit Zeitverlust verknüpft wird es sein, wenn die Berichtstatter solcher großen Setzungsbetriebe, die großen Veranlassungen oder Staatsverhandlungen, Festlichkeiten, Theaterpremierer, Konzerte usw. beigegeben haben, die bis in die letzten Abendstunden dauern, erst noch einmal in die Redaktion zurückkommen und dort ihre Berichte von der Schnellsehmaschine haben lassen sollen. Die sie gewöhnlich in ihrem Konzept oft übergeben müßten, was gleich an den betreffenden Orten geschehen. Von dort werden die Berichte eilends von einem „Schreiber“, dem der Meistler wartet auf den Satz, da die Zeit des Druckbeginns herangeht ist.

Die kleineren Provinzialbetriebe sind noch viel weniger in der Lage, sich einen automatischen Apparat mit Vorteil an ihren in gewöhnlicher Zeit vorhandenen Sechsmaschinen anbringen zu lassen. Diese Betriebe haben meistens mit

nach verwickeltem Manuskripteingängen und „verhältnissen“ zu rechnen. Bei einleitenden Störungen der drei erforderlichen Apparate wird es für die Provinzialdruckereien noch gefährlicher, als es bis jetzt schon der Fall ist, wo so mancher Prinzipal durch vor der Anschaffung einer Sechsmaschine hatte, weil er nicht weiß, ob er einen Maschinenführer bekommt, der auch genügend Mechaniker ist, damit der Betrieb bei einleitender Störung nicht stockt, weil ein Monteur in entlegenen Gegenden schwer zu erreichen ist. In der Praxis sieht daher die Verwendung der automatischen Schnellsehmaschine doch etwas anders aus, zumal wenn das Prinzip verfolgt wird, mit dem man die automatische Schnellsehmaschine zum Einführen bringen möchte.

Ein anderer sachmännlicher Mitarbeiter, von dem wir bereits in Nr. 124 v. J. eine Beschreibung der Schnellsehmaschine brachten, sagt jetzt sein Urteil wie folgt zusammen:

Das Aufkommen der Schnellsehmaschine hat, wie ja schließlich verständlich, das Interesse weiser — auch nicht direkt interessierter — Kreise erregt. Wenn sich außerhalb ihres Berufs Strebende so angelegentlich mit der Sache beschäftigen, wie beispielsweise vor acht Wochen die Calwerische „Konjunktur“ und die nachdrücklich einige sozialdemokratische Blätter, die in näher Zukunft schon die Maschinenführer in das alte Elfen lagern lassen, so ist dies einmal ein Beweis für das eingangs Gesagte, zum andern aber gehört über's Ziel geschossen.

Natürlich haben gerade die Maschinenführer keine Ursache, an dieser Neuerung mit einem Aufschreien vorüberzugehen, ebenso wenig aber brauchen sie zur nächsten Stummheit zu greifen, um ihrem verfehlten Dasein ein Ende zu machen.

Um dieser Maschine die Bedeutung für das Buchdruckgewerbe zu veranschaulichen, die deren Interessenten wünschen, werden noch mancherlei Mängel und Schwierigkeiten zu beheben sein. Zunächst gehören, wenn die Schnellsehmaschine entsprechend den angeblichen Leistungen beschafflich werden soll — 16 bis 18000 Buchstaben —, mindestens zwei Schreibmaschinen (Sätze) dazu samt Unspulapparat (eine Sätzeanlage etwa 8000 Mk.), Anlagen selbst, daß für die Schnellsehmaschine „Damenbedienung“ vorgelesen und diese wiederum in der Lage wäre, derartig hohe Durchschnittsleistungen auf die Dauer zu erzielen, was bezweifelt werden kann, so selten sich in eine solche Leistung drei Personen, da die Arbeit des Unspulens und die Bedienung der Schnellsehmaschine auch eine Hilfskraft erfordert. (Bei einer größeren Anlage dürfen sich die Ankosten allerdings etwas verringern, da mehrere Schnellsehmaschinen von einem Arbeiter beaufsichtigt werden sollen.) Rechnet man nun an dem Gehalt für diese drei Personen noch die hohen Ankosten der Anlage, die sich einschließlich der Linotype auf etwa 30000 Mk. stellen, so liegt auf der Hand, daß die Wirtschaftlichkeit unter dem heutigen Tarife mit gewöhnlichen Maschinen kein sicheres Geschäft macht. Dazu käme noch, daß die Setzer (Bureauarbeiten, Fräulein usw.) mit den erhöhten Anforderungen an Kenntnisse (in typographischer orthographischer Hinsicht) und Leistungsfähigkeit doch auch entsprechend höhere Bezahlung fordern würden.

Was anderes wäre es, wenn es gelingen sollte, eine Ueberwindung der nun einer Setzstelle, wo nur Satzapparate finden, aus an die angeschlossenen Schnellsehmaschinen gewöhnlicher Nachrichten, etwa mit Hilfe eines Telegraphensystems analog dem Fernschreiber, zu ermöglichen. Wahrscheinlich aber dürfte sich die Postbehörde kaum in ihr Monopol eingreifen lassen, wobei gegebenenfalls auch dann noch mancherlei Schwierigkeiten zu bewältigen sein würden, an denen besonders der vor mehreren Jahren aufgetauchte Fernschreiber zu sehen hatte, der das angelegte Ziel erreichen sollte.

Währendem ist die Verbindung der Sätze mit der Mehrmagazinmaschine, also das Herstellen mehrfach gemischten Satzes, welche Möglichkeit heute in einem modernen Druckereibetriebe als selbstverständlich verlangt wird, ein ebenfalls noch ungeklärtes Problem.

Vorläufig ist in dem „Siegeszuge“ der Schnellsehmaschine ein Stillstand eingetreten insofern, als die Veruche mit einem neuen (drillen) Schreibapparat, die eine Verbesserung des Stanzmechanismus zum Ziele haben, noch nicht zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden konnten.

Da die Lösung der Antiquafrage noch immer Schwierigkeiten macht, denkt man deren Lösung neben der Aufgabe der „Smith Premier“ tatsächlich auf dem Wege der Mehrmagazinmaschine (Dreis) zu finden. Die beiden Sätze, die bisher tätig waren, werden nicht in die Praxis kommen, sondern man wird andere Systeme nach dem Vorschlag auf die „Smith Premier“ in den Kreis der Veruche ziehen, eventuell ein völlig neues Modell konstruieren. Darüber werden selbst nach Meinung der Konstrukteure etwa vier Monate vergehen, bis man die Veruche wieder aufnehmen kann. Im übrigen wird lieberhalt gearbeitet, um die Maschine bis zur Leipziger Ausstellung wenigstens soweit zu bringen, daß sie dort der Öffentlichkeit vorgeführt und dann der Praxis übergeben werden kann.

Aus diesem Angeführten geht wohl zur Genüge hervor, daß bis zur Erreichung des der Erfindung gesteckten Ziels noch ein gutes Stück Arbeit zu verrichten sein wird. Aber es bleibe den Lesern vor der raffinierten Forschungsarbeit unserer Techniker und Ingenieure beiseite, sollte man eine Lösung der einen oder andern Frage glatte als unmöglich bezeichnen, wenn nicht — eine noch bedeutendere und für uns einschneidendere Erscheinung der Verwirklichung aller jener Pläne zuvorkommt.

Der hier entwickelte Standpunkt zweier unserer Mitarbeiter findet noch Bekräftigung durch einen Artikel in

der neuen technischen Beilage zum „Faktorenorgan“, aus deren Januarnummer 1914 nachfolgend die Hauptmomente hervorgehoben werden sollen:

Wenn das Prinzip des „indirekten Sehens“ so einfach wäre, hätte man schon längst einen Versuch mit dem Monotypeapparat gemacht. Da fast jedes Werk von den Verlegern in einer andern Schriftgattung verlangt wird, ergeben sich für den praktischen Betrieb diverse Hindernisse. Bei der Monotype ist den gedachten Anforderungen der Verleger und den sich sonst ergebenden Mannigfaltigkeiten durch die einzelnen Letter entsprochen. An der automatischen Schnellsehmaschine, für die das Sehen doch eine Schreibmaschine besorgen soll, sei das jedoch etwas ganz andres.

Bei kompliziertem Werkzeuge werde die Sache noch schwieriger. Beherrlichen der typographischen Regeln, das nur in einer guten Lehrzeit erworben werden kann, sei das eine sehr wesentliche Bedingung, die von Buchdruckern gar nicht erfüllt werden kann.

K. in L., der Artikelschreiber in der technischen Beilage der „Graphischen Welt“, vertritt in bezug auf die Provinzialbetriebe und die großen Tageszeitungen sowie die Manuskripte von den Lokalen, den Provinzialberichterstellern, den Korrespondenzbüros aus den gleichen Ansichten, wie sie in dem ersten der vorstehenden Artikel über die Schnellsehmaschine zu sehen sind.

Zum Schluß heißt es: „So viel sei aber gesagt, daß die gegebenen Verhältnisse wegen einer Umwälzung des Gewerbes vorläufig keine Bedenken erwecken. Es würde dieser Fall vielleicht eintreten, wenn sich das auf eine hohe künstlerische Stufe entwickelte Buchdruckgewerbe durch eine mechanische, minderwertig werdende Produktion wieder zurückschrauben ließe.“

So haben wir also von drei jedenfalls auch in dieser Frage gut unterrichteten Sachmännern die Meinung über die Schnellsehmaschine vernommen. Sie bilden eine zureichende Ergänzung zu dem früher Gesagten über das vor seiner Geburt vielleicht schon zuviel von sich redenmachende neue Wunder der Sechsmaschinenteknik. Die Leipziger Ausstellung wird ja zeigen, ob und inwieweit eine Korrektur dieser Ansichten sich notwendig macht.

## Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. Die Situation im Tarifikampfe der österreichischen Kollegen ist augenblicklich folgende: Auf Wunsch des Herrn Holz aufen fand am 31. Dezember 1913 nochmals eine Besprechung mit dem Gehilfenordnenden des Sarikamts statt. Das Ergebnis der Besprechung war, daß Herr Holz aufen vorzuschlag, daß über den Vermittlungsvorschlag im Wege eines Schriftwechsels zwischen den beiden Parteien verhandelt werden solle. Das Gewerbeinspektorate sollte bloß die einlangenden „Noten“ weiterleiten. Diesen Vorschlag lehnten die Gehilfen ab, indem sie dem Gewerbeinspektorate mitteilten, daß es die Gehilfenschaft für ausgeschlossen halte, im Wege eines Notenwechsels eine Verhandlungsbasis innerhalb einer nützlichen Frist zu schaffen. Die Gehilfenschaft sei aber nach wie vor bereit, im Wege mündlicher Verhandlungen eine Verhandlungsbasis zu schaffen, falls eine diesbezügliche Einladung durch das Gewerbeinspektorate erfolgt. Auf dieses Schreiben, das am 2. Januar abgefaßt wurde, steht die Antwort noch aus. Die Prinzipale scheinen also der Vermittlung des Gewerbeoberinspektors auch jetzt näherzutreten zu wollen. Darin wird auf Gehilfenseite ein Beweis dafür erbracht, daß durch das Eingreifen der Regierung die Funktionen des Gewerbeoberinspektors den Wünschen der Prinzipale angepaßt wurden. Bei dieser Sache haben natürlich auch die Scharmacher ihre Hand im Spiele. Sie verhoffen die Prinzipale immer wieder damit, daß eine Vermittlung durch die Regierung angebahnt sei und daß sie noch immer nachgeben können, wenn die Situation für die Prinzipale unhaltbar wird. Dadurch werden die widerstrebenden Prinzipale hingehalten. Die Regierung unterstützt die Prinzipale aber auch dadurch, daß sie jene Druckereibetriebe, die an Privatunternehmer vergeben sind, verpöbel erscheinen läßt. So steht es bereits fest, daß wegen der planmäßig betriebenen Aufsperrung der Buchdruckereiarbeiter das Sursbuch mit Bewilligung der Regierung nicht pünktlich erscheint. Das österreichische Sursbuch, das die Eisenbahn-, Dampfschiff- und Postkurs in Österreich, Ungarn, Bosnien, Serbien, Serbien usw. enthält und vom Handelsministerium herausgegeben wird, kann, wie dem reißenden Publikum lakonisch mitgeteilt wird, infolge der Störungen im Buchdruckgewerbe nicht rechtzeitig erscheinen. Die Herren Prinzipale, die sich immer auf die Konkurrenz aus Deutschland berufen, zwingen dadurch natürlich das reißende Publikum das Reichsursbuch, das eine Übersicht der Eisenbahn-, Post- und Dampfschiffverbindungen in Deutschland, Österreich-Ungarn usw. enthält, zu kaufen.

Die Tagesblätter in der Provinz erscheinen zeitweise oder ganz verknüpfelt. So konnte die „Tagespost“ in Linz vom 16. bis 29. Dezember nicht erscheinen. Die Nummer vom 29. Dezember war aber nur vier Seiten stark. Den Lesern wird (einstweilen noch ohne Unterlage) mitgeteilt, daß es hoffentlich bald gelingen wird, eine Einigung herbeizuführen. Einen besonderen Einfluß darauf zu nehmen und die Verhandlungen zu beschleunigen, liegt aber nicht in der Macht der „Tagespost“, da die Verhandlungen von Organisation zu Organisation geführt werden. In der „Linzener Zeitung“ werden die Setzer verleumdet, daß sie die Schnellsehmaschinen vor ihrem Austritt aus der Arbeit verborgen hätten. Dies ist indes eine glatte Unwahrheit. Das „Stärker Tagblatt“ wird auf einem Vertriebsmittlungsapparat hergestellt. Das Blatt muß der Meinung sein,



Rückblick.

Das hinter uns liegende Jahr, dem man in Erinnerung vaterländischer Gedanktage den Namen „Sublänmsjahr“ beigelegt hat, nahm für die Arbeiterbewegung einen recht unerfreulichen Verlauf. Mit bleibender Schwere lastete namentlich im letzten Halbjahre die Wirtschaftskrisis mit all ihren üblen Begleiterscheinungen auf der Arbeiterschaft. Das Meer der Arbeitslosen schwall gewaltig an, und fast will es scheinen, als ob der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, obgleich sie in einigen Bezirken bis zu 40 Proz. beträgt, noch nicht erreicht wurde. Mit allen Kräften versuchen die Gewerkschaften den großen Opfern gerecht zu werden, welche die Unterstützung der vielen Arbeitslosen von ihnen fordert. Die Erfüllung dieser Aufgabe gehört eigentlich zu den Pflichten des Staates, denn die Gewerkschaften können nur die äußerste Not lindern, zumal in einer Zeit enormer wirtschaftlicher Not. Um etwas Durchgreifendes auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung zu schaffen, reichen die gewerkschaftlichen Mittel nicht aus. Unter solchen Umständen bleibt die ablehnende Haltung der Reichsregierung und des Reichstags gegen die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung doppelt verurteilenswert. Aufgeschoben bedeutet jedoch in diesem Falle nicht aufgehoben, denn in Kommunen und Einzelstaaten trifft das Bestreben immer deutlicher auf, die Arbeitslosenfürsorge aus eigener Kraft durchzuführen. Im bairischen Landtage haben die Verhandlungen wenigstens dazu geführt, daß die Regierung die Bereitwilligkeit zu erkennen gab, die Summe von 75000 Mk. zur Verfügung zu stellen, um damit den Kommunen, die die Arbeitslosenversicherung durchführen wollen, einen entsprechenden Beitrag zu gewähren. Die Bedeutung des Vorgehens der bairischen Regierung liegt darin, daß damit die grundsätzliche Verpflichtung des Staates anerkannt wird, die Opfer der Arbeitslosigkeit aus allgemeinen Mitteln zu unterstützen. Immerhin also ein Erfolg. Die Arbeiterschaft aber wird dafür sorgen müssen, daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung von Staats wegen nicht eher von der Tagesordnung der Gewerkschaftsbewegung verschwindet, als bis das Ziel erreicht ist. Die steigende Arbeitslosigkeit wird aller Voraussicht nach auch dem Jahre 1914 ihren Stempel aufdrücken. Recht beherzigenswerte Ausführungen knüpfte das „Korrespondenzblatt“ an diese traurige Möglichkeit, indem es in seinem Rückblick schreibt:

Aller Voraussicht nach gehen wir einer neuen Krisis, wenn auch vielleicht von kürzerer Dauer, entgegen. So drückend ihre Wirkungen besonders in den Kreisen der Arbeiter empfunden werden, so muß doch aus neuer Eingeblichkeit werden, daß in solchen kritischen Zeiten ein vorsichtig abgewogenes Vorgehen der Arbeiterorganisationen, bei dem Einmütigkeit auf allen Punkten der Kampflinie herrschen muß, doppelt notwendig ist. Den wachsenden Anforderungen größerer Kämpfe wird die Schaffung einer zentralen Streikunterstützung durch den diesjährigen Gewerkschaftstages Rechnung tragen, so daß, wenn solche Kämpfe uns aufgezungen werden, auch ihr Erfolg verbürgt werden kann. So können wir auch der dunkelberöhlten Zukunft gefaßt ins Auge schauen und alle Kräfte für die weitere Stärkung untrer Organisationen aufwenden, denn nur in diesem Zeichen werden wir siegen!

Die industriellen und politischen Scharmacher gehören natürlich zu den eifrigsten Bekämpfern jedes sozialen Entgegenkommens an die organisierte Arbeiterschaft. So stellte z. B. der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe dem Reichstag und Bundesrat seine „Jedenkum“, gegen die Verwendung öffentlicher Gelder für „Arbeiter“ in einer Resolution mit, die einen neuen Schritt für die soziale Verantwortlichkeit der baugeverwandten Unternehmer liefert. Auch der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände, der sämtliche deutschen Bauarbeiterverbände umfaßt, schloß sich verpflichtend, beim Reichstag und Bundesrat seine Stimme gegen die staatliche Arbeitslosenversicherung zu erheben. Ganz besonders beachtend für die soziale Rückständigkeit der Reichsbündler ist die Art, mit der sie ihr Vorgehen zu bemängeln versuchen. Es heißt in der Eingabe des Reichsbundes u. a.:

Seit es noch in dem großen deutschen Bauarbeiterverbande die Arbeitslosenversicherung als Gewerkschaftsaufgabe nicht eingeführt, obwohl es doch mit zu den ersten Aufgaben einer Gewerkschaft gehören müßte, auch im Falle der Arbeitslosigkeit dem leidenden Mitglied unterstützend beizuhelfen. Wenn sich eine der mächtigsten Arbeiterorganisationen bislang einer solchen natürlichen Pflicht, auf dem Wege der Selbsthilfe Milderung zu schaffen, hat entschlössen können, dann dürfte es schwer sein, überzeugend nachzuweisen, daß ein Eingreifen des Staates in Form der öffentlichen Arbeitslosenversicherung unbedingt notwendig ist.

Eine Behauptung über die Aufgaben einer Gewerkschaft aus so „berufenem“ Munde dürfte wohl kaum zu den Alltäglichkeiten gehören. Es war nur gut, daß nicht an demselben Tage, an dem die Eingabe an den Reichstag gelangte, der Hamburger Verbandstag der deutschen Bauarbeiter seine „natürliche Pflicht“ erfüllte, indem er die Einführung der Arbeitslosenversicherung im Bauarbeiterverbande beschloß, sonst hätten sich die baugewerblichen Scharmacher schließlich eingebildet, den Anstoß dazu gegeben zu haben. Sie und ihre Gesinnungsgenossen anderer Industrien halten eben eine Arbeitslosenversicherung für lange nicht so wichtig als den erbitterten Schuß der Arbeitswilligen und vor allem ein geschicktes Verbot des Streikpostenkens. Derartige Anebelgesetze für

Zeit ausgeübt werden dürfen. Die Mehrzahl der Firmen n. Mons, Gemappes, Frameries, Form, Vasmes, Dour erkannte den neuen Tarif an. Die Zahl der Streikenden, die etwa 80 betrug, fiel auf 19 (darunter 6 Frauen) durch die Aufnahme der Arbeit bei der Firma Daubert in Dour am 22. Dezember. Der Sieg ist ein vollständiger; die wenigen Streikenden vertellen sich auf kleine Betriebe und sind unterzubringen, sobald der alte Geschäftsgang wieder einleitet. Das Budgeterwerbemuseum in Brüssel veranstaltet Ende Januar eine internationale Freimarkenausstellung.

Frankreich. Das Jahr mit der mysteriösen Endzahl „13“ begann für den französischen Verband mit der noch nicht abgeschlossenen Pariser Tarifbewegung und schloß mit den Kämpfen verschiedener Sektionen. Im Gegensatz zu diesem bewegten Anfang und Abschluß, stand die übrige Zeit des Jahres; keine Ereignisse von besonderer Wichtigkeit, eine fast friedliche Ruhe herrschte allenthalben. Im großen und ganzen kann man sagen, daß das verfloßene Jahr für die Verbandsinteressen ein günstiges war. Die Fortentwicklung der Zentralisation hat nicht aufgehört, trotz der Opposition verschiedener Seiten; letztere lag zum Teil außerhalb des Verbandes. Erwähnenswert ist auch noch der schon jetzt zu spürende günstige Einfluß, den die Gewerkschaften der letzten September ausübt. Nicht nur, daß man die rege Initiative der Regionalbewegungen begrüßt, damit sie auch eine rührige Propaganda verbinden, die dem Verbandsinteresse ein gutes Stück zuführt. Wie nötig in einigen Regionen des Landes die Propaganda ist, davon ist ein kleines Beispiel. In Hagebrouck, einer Stadt in Nordfrankreich, welche mit ihrem Arrondissement 120000 Einwohner zählt, ist die Organisation so gut wie unbekannt. Die Buchdrucker verdienen ganze 3,50 Fr. pro Tag, d. h. zwischen dem 25. und 30. Lebensjahr. Eine große Druckerei hat das System eingeführt, daß die Jünger Gutenberg, wenn sie sich ein Jahr lang würdig benommen haben, einen Sous pro Tag ausgebeißert bekommen, d. h. 30 Cent. die Woche. Ganze zehn lange Jahre brauchen sie, bis sie das Maximum — 4 Fr. — erreichen! In einer ganzen Anzahl anderer Orte der gleichen Region, wie Steenwoorde, Bergues, Vorwout usw., mit Ausnahme von Dunkerque, ist es nicht besser bestellt. Damit ist wohl schon der Beweis erbracht, wie nötig es ist, diese mittelalterlichen Zustände zu beseitigen. Von der Schwierigkeit, in solchen Gegenden der Organisation Eingang zu verschaffen, macht man sich so leicht keine Vorstellung. Diese wurden selber in unnötiger Weise auch noch durch die Reibereien innerhalb der Gewerkschaften vergrößert. Immer gefälliger wurden die Ausfälle zwischen den Richtungen, und es fiel schwer, die Persönlichkeiten zu finden, die bereit waren, sich als Führer zur Zielscheibe maßloser Angriffe zu verwenden. Auch in dieser Beziehung ist, wenn der Anschein nicht trügt, im Jahre 1913 eine Wandlung eingetreten. Es ist deshalb wohl zeitgemäß, wenn man beim Jahreswechsel wünscht, daß der wenn auch etwas späte Wunsch der Konföderation der Arbeit, die Geschlossenheit, die heftigen Bekämpfungen von Führern und Methoden aufzugeben und sich nur den zu verwirklichenden sozialen Verbesserungen zu widmen, in Erfüllung gehen möge. Ja selbst Monsieur Hervé erkennt jetzt die Notwendigkeit an, Frieden zu schaffen, er, der nur im Superlativ vom Klassenkampf sprach. Eine Überraschung mehr aus dem Lager der Ultras.

Unre Befürchtung über die Lage in Nancy war leider berechtigt. Vorliebt ist es inzwischen zum offenen Kampfe gekommen. Der Streik ist das Werk der Arbeitgeber, diese vervielfachten die Herausforderungen trotz dem Bestreben untrer Kollegen, den Frieden zu erhalten. So wurden Faktoren, Messieurs, Abteilungsvorsteher usw. bezaubelt mit dem „Cadi“ bedroht, sollten sie arbeiterfreundliche Bestimmungen im Bufen begen. Nach den Wohnungen der Arbeiter wurden Zirkulare geschickt, wohl um einen gewissen Druck auf die Frauen auszuüben, Plakate angehängt, einige schlossen die Stuntenpöpel vor Ausbruch des Konfliktes aus Angst vor Sabotage usw. Der derzeitige Tarif bestimmte ein Minimum von 6 Fr., das auf 6,75 Fr. erhöht werden sollte. Die Prinzipale offerieren 30 Cent. Aufbesserung mit dem Ratsschlage, wenn man mehr verdienen wolle, so möge man den — zehnstündigen Arbeitstag wieder einführen! Ferner beabsichtigen sie einen Teil der bis jetzt üblichen Gratifikationen aufzuheben, so daß die Linke nimmt, was die Rechte gab. Da seit dem Jahre 1908 zahlreiche Kollegen Aufbesserungen über das Minimum erhielten, so stellt die von den Prinzipalen vorgeschlagene Aufbesserung von 30 Cent. nur eine leere Form dar. Eine begehrteste Veranlassung der Gehilfen lehnte diese recht zweifelhafte Wohlthat ab, verurteilte das Verhalten des Prinzipalsyndikats, das in seinen Antwortschreiben den guten Ton vermissen ließ und beschloß, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um die berechtigten Forderungen durchzusetzen. Das Zentralkomitee ist mit dem Programme der Sektion einverstanden. — Der schon mehrmals erwähnte Streik in Marseille dauert noch immer an. Kollege Keuser unternahm Schritte bei allen Mitgliedern des Prinzipalsyndikats, jedoch ohne jeden Erfolg. In ihren Hoffnungen betrogen haben sich die Arbeitgeber insoweit, als sie es zu diesem Kampfe kommen ließen in der Zuversicht, daß die Geschlossenheit der Gehilfen unmöglich sei; erklärten sie doch in ihrem Antwortschreiben auf die Gehilfenforderungen, eine Änderung der Arbeitsbedingungen sei nicht nötig. Sie verließen sich auf die „Ergebenheit“ ihrer Personale. Die Berichte aus Marseille besagen, daß die Haltung der Streikenden (Buchdrucker und Lithographen) eine musterhafte ist. Das Zentralkomitee wird die Bewegung weiter unterstützen. — Mehr Glück mit ihren Forderungen hatten untre Kollegen in Pau, Béziers und Armentières. Durch die Einleitung der dortigen Arbeitgeber konnten moralische und finanzielle Verbesserungen erzielt werden.

daß es seinem Verkehres alles bieten kann. Es wird den Lesern auch mitgeteilt, daß der Streikfonds der Buchdrucker einundneunzig Millionen betrage und nur für drei bis vier Wochen reichen soll. Wenn die Prinzipale der Meinung sind, daß die Bewegung binnen drei bis vier Wochen aus finanziellen Gründen zusammenbrechen wird, so sind sie freilich falsch unterrichtet.

Den Prinzipalen wird es nach und nach lästig, sich dem Kommando des Herrn Holzhausen unterzuordnen, der infolge der Eigenartigkeit seines Betriebs mit weit geringeren Opfern den Kampf gegen die Gehilfenchaft führen kann. Nur die Furcht vor dem Terror der Scharmacher veranlaßt den größten Teil der Prinzipale noch mitzukun. So hat in Böhmen eine größere Anzahl von Prinzipalen bereits den Wunsch geäußert, die Gehilfenchaft möge weiterarbeiten, es werde ihr nach dem Friedensschlusse jede Differenz nachbezahlt. Die Gehilfenchaft hat diese Vorschläge aus prinzipiellen Rücksichten abgelehnt. Der Zweck war, aus der Koalition der Prinzipale hinauszukommen. In den Firmen, die aus der Koalition heraus wollten, befand sich auch die Firma Eduard Strahe in Warnsdorf. Der Chef dieser Firma ließ sich die Vertrauensmänner kommen und erklärte diesen, daß er den Gehilfenentscheid mündlich anerkenne. Der Tarif sollte als Proporzium gelten, bis ein neuer Tarif vereinbart werde. Als die Vertrauensmänner erklärten, daß sie eine mündliche Anerkennung des Tarifs nicht entgegennehmen könnten, wurde Herr Strahe sehr erobrt und meinte, daß sein Wort genügen müsse. Unterschreiben könne er den Tarif nicht, da er Mitglied der Tarifkommission der Prinzipale sei! Nachdem die Vertrauensmänner auf die Unterschrift des Tarifs beharrten, zerklüfteten sich die Verhandlungen. Aus Rache darüber beschuldigte Herr Strahe dann die Gehilfen in der „Abwehr“, daß sie Sabotage getrieben hätten. Die Gehilfen werden dem Herrn Gelegenheit geben, seine Behauptungen auch zu beweisen. Bisher haben sich die Prinzipale auf den Standpunkt gestellt, ganz allgemein zu behaupten, daß die Gehilfen Sabotage getrieben hätten. Da sie nunmehr konkrete Fälle anführen, sollen sie der Aufgabe nicht entzogen werden, ihre Behauptungen vor Gericht zu beweisen.

Die Streikbrecheranwerbung für Österreich durch die Agenten Koch, Kelling, Kaczmarek und Steldinger wird mit Hochdruck betrieben, und doch ist der Erfolg nur gering. Wer sich auf Grund der in der Tagespresse erscheinenden Inserate bewirbt, erhält von Koch, dem Gründer der sogenannten Nichtverbändlervereinigung, ein Schreiben, dessen Driftographie der beste Beweis dafür ist, welchen Reuten die Reitung des „geistigsten aller Gewerbe“ anvertraut wurde. Das Schreiben lautet wortgetreu wie folgt: Betreffs Ihrer Bewerbung teile ich Ihnen mit, das die zu besetzenden Stellen in Lüberhalb sind, und wenn Sie Inauguriert sind, und dauernde Stellung bei einem Wochenlohn von 30 Mark bei freiem Kost Logie und Reise annehmen wollen, so erwarte ich Ihnen wenn möglich nach Empfang meines Schreibens.

hochachtungsvoll Vereinigung Deutscher Nichtverbändler.

Diese Stillübungen des Ausräucheragenten Koch erinnern unwillkürlich an den bekannten Briefroman einer Süddeutsche: „Du bist gewundert, das ich solange nicht geschrieben worden bin!“ Die angeworbenen Streikbrecher leben natürlich dem Schreiber ähnlich. Einige österreichische Prinzipale wandten sich deshalb auch mit Grausen von diesen Elementen ab und sandten sie postwendend zurück. Kein Wunder! Soll sich doch unter einem Ausräuchertransporte sogar ein gelernter Schuster befinden haben, der sich von der Polizeibehörde zwecks Legitimation einfach eine neue Invalidentarte ausstellen ließ und dabei angab, er sei Buchdrucker. Die deutschen Gutenbergbündler fangen nun auch an, sich in der österreichischen Tarifbewegung mit Ruhm zu bekledern. Nachdem es ihnen gelungen ist, eigenen Forderungen Anerkennung zu verschaffen, wird im „Typograph“ Verstärkung nach Innsbruck gesucht. In einiger Zeit wird über das Verhalten der Gutenbergbündler in Österreich noch einiges gesagt werden müssen.

Belgien. In aller Stille sind die Brüsseler Tarifverhandlungen gepflogen worden. Nach zahlreichen Zugängen ist ein Projekt zustande gekommen, das die Zustimmung beider Parteien der Kommission fand. Die Arbeitszeit soll eine neunstündige bleiben. Die Arbeitgeber offerieren die 54stündige Arbeitswoche bei acht bezahlten Feiertagen im Jahr, erreichbar in zwei Etappen. Daraufhin stellte sich die Kommission in Unterkommissionen, um die Höhe und besondere Bestimmungen für die Seher, Drucker usw. festzusetzen. Ein definitives Refusit liegt noch nicht vor. Die Vorschläge der Arbeitgeber in bezug auf die Höhe und die eben erwähnten Etappen haben die Zustimmung der Gehilfen in der am 28. Dezember abgehaltenen Generalversammlung nicht gefunden. Die Gehilfenvertreter wurden beauftragt, zu versuchen, in neuen Verhandlungen weiteregehende Konzessionen zu erreichen. In Kürze findet eine weitere Generalversammlung statt, um zu der Lage Stellung zu nehmen.

Die Bewegung in Mons und der dortigen Region ist durch die Anerkennung des neuen Tarifs durch zwei weitere Firmen als beendet zu betrachten. Der Streik dauerte bei diesen etwa drei Wochen. Seit 1. Dezember ist nun der neue Tarif in Kraft, welcher den letzten sechs-jährigen ersetzte. Der Lohn wird um 50 Cent. fäglich erhöht und beträgt jetzt für Seher, Maschinenmeister und Buchbinder 5 Fr., 5,50 Fr. für Lithographen und 6 Fr. für Maschinenleger. Die Arbeitszeit beträgt noch ein Jahr neuneinhalb Stunden, dann neun Stunden, die der Maschinenleger in Zeltungsbetrieben acht, sonst neun Stunden. Die Gehilfenfrage wurde geregelt, doch in Zukunft soll nach Möglichkeit verboten sein, daß zwei Bezirke zu gleichen

Arbeiter, die es wagen, berechnete Ansprüche auf eine verbesserte Lebenshaltung zu erheben, entsprechen dem scharfmacherischen Empfinden weit mehr als eine vernünftige Sozialpolitik. Rückwärtsentwicklung heißt hier die Lösung der Industriefragen, und die Reichsregierung ist erfahrungsgemäß gar nicht so abgeneigt, den Wünschen der Herren Göttinger zu entsprechen. Daß die internationale Arbeiterkonferenz in Bern im wesentlichen ergebnislos verlief, war nicht zuletzt dem Verhalten der Vertreter des Deutschen Reichs zuzuschreiben.

Ein Bild von der ziffermäßigen Entwicklung der Gewerkschaften im Jahre 1913 kann heute noch nicht gegeben werden, weil das Schlussergebnis der Mitgliederbewegung noch aussteht. Nach den im „Korrespondenzblatt“ erschienenen Teilergebnissen kann jedoch mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß das Gesamtresultat hinter dem Vorjahre zurückbleiben wird. Von 48 Verbänden, deren Mitgliederzahlen für das dritte Quartal 1913 vorliegen, hatten 19 einen Mitgliederrückgang zu beklagen. Dieser beträgt 14691 Mitglieder oder 0,57 Proz. Es ist nicht zu erwarten, daß das vierte Quartal den beträchtlichen Rückgang ausgleichen hat. Im Jahre 1912 nahmen die freien Gewerkschaften um 9,02 Proz. zu, bei einem Mitgliederbestande von 2530390; die christlichen Gewerkschaften wuchsen an um 1,09 Proz. (344687), die Sozialdemokratischen um 1,38 Proz. (109225), die Gelben um 3,2 Proz. (223717). Die Wirtschaftsfriedlichen hatten also den stärksten Zuwachs aufzuweisen, während die Zunahme der Christlichen von 15,53 Proz. auf 1,09 Proz. zurückging. Die Zeiten der Wirtschaftskrisis drängen die Gewerkschaften erfahrungsgemäß in den Verteidigungszustand für das bisher Geschaffene hinein. An die Ausdauer und Überzeugungskraft des einzelnen Mitglieds werden in solchen Zeitaltern erhöhte Anforderungen gestellt; nicht minder aber auch an Einsicht und Vernunft, um Anzuehrlichkeit am falschen Platze nicht aufkommen zu lassen. Wo diese bessere Einsicht fehlt, da wird nur so oft durch den Radikalismus dem industriellen Scharfmacherium eine Brücke geschlagen zur Befriedigung seiner verschobenen Wünsche. Für die Gewerkschaften steht heute im allgemeinen aber zu viel auf dem Spiel, als daß sie sich von Stimmungen beherrschen und in Situationen hineinbringen lassen könnten, die ihre stete Entwicklung nachteilig beeinflussen müßten.

Es ist erfreulich, daß diese Ansicht von allen Männern geteilt wird, die an verantwortlicher Stelle der Arbeiterbewegung stehen. Unser Kollege Philipp Scheidemann, der seine gewerkschaftliche Erziehung im Buchdruckerhandwerk genoss, hat sich auf seiner Agitationstour durch Amerika im letzten Herbst in sehr bemerkenswerter Weise über die Idee des Generalstreiks geäußert, die im verflochtenen Jahr in Deutschland unter der Fiktion des Massenstreiks lebhaft ventiliert wurde. Die „Chicagoer Arbeiterzeitung“ brachte die Rede zum Abdruck, die Reichstagsabgeordneter Scheidemann am 25. Oktober in Chicago hielt. Er sagte darin u. a.:

In Deutschland mit seiner hochentwickelten Kultur haben wir die beste Arbeiterbewegung. Dort können Anarchisten und Syndikalisten keine Rolle spielen. Abgesehen gibt es unter denselben so viele verschiedenenartige Ansichten als Köpfe da sind, und darum sind sie auch ohnmächtig gegen den Kapitalismus und fallen mit ihrer „direkten Aktion“ und ihrer „Sabotage“ immer hinein. Kein vernünftiger Mensch befindet sich in Deutschland ein, damit die Welt umfärben oder die Macht des kapitalistischen Staates ins Wanken bringen zu können. Der deutsche Arbeiter weicht darum nicht von der alten, erprobten Kampfsmethode ab. Er steht nicht nach links oder nach rechts, verfolgt seine gerade Bahn. Sie sind zu stark zum Phrasenmachen. Der proletarische Klassenkampf fordert Opfer an Gut und Blut; sie müßten zu bringen, ist Wahnsinn, ja ein Verbrechen seitens derer, die das empfehlen.

Sobald wir jeden zweiten Wähler auf unserer Seite haben, wird auch der Tag kommen, wo man von „direkter Aktion“ reden kann und wir den Generalstreik wagen können. Heute jedoch würde ein solcher uns 20 Jahre zurückwerfen. Wir sind indes nicht solche Esel; wir sind es der Internationale schuldig, daß wir kein Arbeiterblut umsonst vergießen. Trübsicht ist der, der alles auf eine Karte setzt.

Diese Ausführungen Scheidemanns dürften von vielen Gewerkschaftlern in Deutschland ebenso heißfällig begrüßt werden, als das in Amerika, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, der Fall gewesen ist. Bisher hat noch der Verlauf jedes Generalstreiks den Gewerkschaften die schwersten Wunden geschlagen und auf Jahre hinaus jede praktische Gewerkschaftsarbeit unmöglich gemacht. Das wird vorderhand kaum anders werden.

Einen geradezu kläglichen Verlauf hat ja der nach Individualistischen Rezepten geführte und noch nicht beendete Kampf in der irischen Hauptstadt Dublin bis jetzt genommen, der eine umfangreiche Ausperrung im Gefolge hatte. Das Gend der Arbeitermassen Irlands, die sich seit langem in konfessioneller und politischer Abhängigkeit befanden, war so entsetzlich, daß niemand die Hoffnung hatte, es würde der modernen Arbeiterbewegung in absehbarer Zeit gelingen, diesen Massen durch das Mittel der organisierten Selbsthilfe bessere Verhältnisse zu schaffen. Wider Erwarten gelang es James Larkin, der seit einigen Jahren für den englischen Doharbeiterverband die Agitation betrieb, die Fabenarbeiter in einigen Städten zu organisieren, allerdings in einer wilden Agitation. Wegen die führenden Elemente der englischen Gewerkschaftsbewegung entlastete Larkin ein wütendes Festschreiben und versuchte dabei den Eindruck zu erwecken, als ob diese eine sakrilegische Unterstützung der irischen Arbeiterchaft seitens der englischen Gewerkschaften (in Form von Pullen und

Sympathiestreiks) gewaltsam verhindern. Jede weitere Agitation der englischen Organisationen wühlte Larkin zu verhindern, auch unter Androhung von Gewalt. Solange die irischen Unternehmer, die selber mit einer aggressiven Arbeiterbewegung nicht zu rechnen hatten, unorganisiert waren, gelang es, die Taktik der partiellen Streiks erfolgreich durchzuführen. Das änderte sich natürlich sehr bald, als die Unternehmerorganisation zur Aufgabe wurde. Der erste beste Anlauf wurde benutzt, um Maßnahmen von Arbeitern vorzunehmen, worauf diese mit Sympathiestreiks antworteten. Daraufhin beschloß die Unternehmerorganisation die Ausperrung und erklärte, daß sie mit der Individualistischen Transportarbeiterorganisation ein für allemal aufträmen werde. Auf diese Weise wurden rund 20000 Arbeiter in den Kampf verwickelt. Unter dem Schutze der öffentlichen Gewalten griffen die Unternehmer das Koalitionsrecht der Arbeiter an, was zur Folge hatte, daß sich die Sympathien der Öffentlichkeit den Streikenden zuwandten. Das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses organisierte eine großzügige Unterstützungaktion. Es ließ eine Schiffsladung Lebensmittel der arten von der Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine nach Dublin führen und dort an die Familien der kämpfenden Arbeiter verteilen. Außerdem brachten die Arbeiter Großbritanniens bis jetzt 77400 Pfd. Sterling (1.548000 Mk.) für die Dubliner auf; darin sind die beträchtlichen Summen, die direkt abgefordert wurden, noch nicht enthalten. Trotzdem blieb die Lage der Arbeiter nach den Berichten der Tagespresse eine traurige. Der Starbinn des durch die zahlreichen Sympathiestreiks und Vorkaufs aufzunehmendem Unternehmen ist zu groß, als daß es bisher gelungen wäre, zum Friedensschlusse zu kommen. Zwar erklärten sich die Unternehmer bereit, den über den Transportarbeiterverband verhängten Boykott zurückzugeben, aber kann man das noch einen Erfolg nennen, nachdem die Organisation der Arbeiter völlig zertrümmert worden ist? Und dabei mußten die Arbeiter gegen das magere Zugeständnis der Unternehmer noch ausdrücklich auf die fernere Anwendung von Sympathiestreiks verzichten. Dafür wurde ihnen die Bildung eines Einigungsamts zugesichert. Das sind die Hauptergebnisse der langwierigen Verhandlungen der letzten Wochen zwischen den Vertretern der Dubliner Arbeiter und der Gewerkschaften einerseits und den Vertretern der Dubliner Unternehmer andererseits. Sie scheiterten, ebenso wie die früheren Verhandlungen, an der Frage der Wiedereinstellung aller Streikenden. Die Dubliner Arbeiter befürchten nicht ohne Grund, daß sich hinter dem Einwande der Unternehmer, die Wiedereinstellung aller Arbeiter sei infolge der herrschenden Verwirrung und der inzwischen vorgenommenen technischen Veränderungen (man hat z. B. während des Konfliktes die von Pferden gezogenen Lastwagen vielfach durch Kraftwagen ersetzt) unmöglich, die Arbeit verfehlt, die fälligen Gewerkschaftler zu mahregeln. Das wäre allerdings ein Mitleid, um den Organisationsgedanken mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Am 9. Dezember nahm ein außerordentlicher britischer Gewerkschaftskongress in London zu dem unglücklichen Kampf in Dublin Stellung. Der Kongress sagte in derselben Halle, in der Larkin einige Wochen zuvor die Londoner Arbeiter gegen die Gewerkschaftsführer in der schamlosesten Weise aufgehetzt und zum Kampfe gegen Tarifverträge und dergleichen aufgeordert hatte. Der Gewerkschaftskongress entschied sich mit überwältigender Mehrheit gegen einen Sympathiestreik zugunsten der Dubliner. Die erfahrensten Arbeitersführer gaben ihrer Überzeugung dahin Ausdruck, daß ein Sympathiestreik in England zum Kampfe auf der ganzen Linie führen müsse. Der Sympathiestreik wurde als schlechteste Strategie im gewerkschaftlichen Kampfe verworfen. Die Handlungsweise Larkins, der kein Gehör bei den Kongressmitgliedern fand, wurde unbarmherzig gebrandmarkt. Dieser hatte sich nicht einmal gescheut, während der letzten Dubliner Unterhandlungen ein Telegramm an die führenden Elemente der Dubliner Arbeiter zu richten, in dem die vom Gewerkschaftskongress eingehende Deputation in der schamlosesten Weise verunglimpft wurde. Der Vorkauf dieses Telegramms wurde in der gesamten englischen und irischen Presse veröffentlicht, und man ist sich auf Arbeiterseite nicht im unklaren darüber, daß dieser Geniestreich Larkins die Unterhandlungen gewaltig erschwerete. Wie der außerordentliche Gewerkschaftskongress, so ließ auch die britische Arbeiterchaft im allgemeinen den Autokraten Larkin und seine faktischen Genossen fallen. Nach einem Spezialberichte des Berliner „Vorwärts“ aus London hat Larkin mit seiner „Kampagne“ in England und Schottland die Massen gegen die Führer aufzuwecken, um einen Sympathiestreik aufzubringen, die meisten denkenden Arbeiter Großbritanniens vor den Kopf gestoßen. In der allgemeinen Arbeiterbewegung des Inselreiches wird er künftig wohl kaum noch eine große Rolle spielen. Den Starren aus dem Dreieck zu ziehen, bleibt nun den von Larkin verleumdeten englischen Gewerkschaftsländern überlassen. Möge es ihnen recht bald gelingen!

Nach dieser notwendigen Abschweifung ins Ausland kehren wir zu den wichtigsten Aktionen der deutschen Gewerkschaften im abgelaufenen Jahre zurück. Da wäre zunächst der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier noch einmal kurz zu gedenken, deren Beendigung in das Jahr 1913 fiel. Zu dem von den christlichen Gewerkschaftsführern den Arbeitern vorgeschlagenen Streike kam es bekanntlich nicht. Die minimalen Zugeständnisse der Bergwerksdirektion, die von den Christlichen ihren Mitgliedern im Saarrevier als „Erfolge“ des Vorgehens aufgerechnet wurden, lagen bereits vor, als der Streikbeschluss gefaßt wurde. Die Streikende wurde noch offensichtlich, als Handelsminister Sydow, der preussische fiskalische Bergwerkschef, die Führer der Christlichen im Landtage darüber

rückte, „daß sie sich ihren Leuten gegenüber hingestellt hätten, als wäre wunder was erreicht!“ Das traurige Verhalten der Christlichen im Saarrevier im Jahre 1912 und das später von ihnen im Saarrevier inszenierte Säufungsmanöver hat vielen Bergarbeitern die Augen geöffnet und die Reihen des alten Bergarbeiterverbandes gestärkt. Nicht minder übte Begleiterscheinungen waren es, die beim Streik der Textilarbeiterfreike durch das verärrliche Verhalten der christlichen Gewerkschaften zu konstataren waren. Die schließlich zugunsten der Arbeiter beendete Ausperrung im Malergewerbe hatte ihre Ursache in der Weigerung der Arbeitgeber, die Schiedssprüche der Unparteiischen anzuerkennen. Fast schien es, als ob der von den Scharfmachern provozierte Kampf im Malergewerbe der Ausfakt werden sollte für eine Reihe von großen wirtschaftlichen Kämpfen in verwandten Gewerben, wo die Tarifverträge ebenfalls gekündigt worden waren. Glücklicherweise gelang es aber mit Hilfe von Unparteiischen, in der Holzindustrie und im Baugewerbe neue Tarifvertragsabschlüsse zustande zu bringen, wenn auch mit unterlichlichen Erfolgen. In der Schindindustrie wurden die Orstarbeiter in zwei Vertragsgruppen gegliedert, unter Festsetzung einheitlicher Ablaufsformine, und im Baugewerbe wurde nach monatelangen Verhandlungen der Zentralvertrag perfekt. Damit waren die größten Tarifbewegungen des Vorjahres als abgeschlossen zu betrachten. Ein wenig erfreuliches Bild gewerkschaftlicher Disziplin zeigte die Lohnbewegung auf den Seeschiffswerken, von der mehrere Zentralverbände in Mitleidenschaft gezogen wurden, besonders die der Metallarbeiter und der Holzarbeiter. Wir haben mit unser Anblick über die Werftarbeiterbewegung nicht zurückgehalten. Zusammenfassend sei aber nochmals betont, daß eine Taktik, wie sie von den Hamburger Werftarbeitern gegenüber starkorganisierten, reichen und operativen, nicht den momentanen, sondern den dauernden Gewinn suchenden Unternehmern eingeschlagen wurde, fast ausnahmslos mit Niederlagen enden muß. Daran vermag die Bewunderung, die Stimmungsmenschen für die Verne solcher Angriffe an den Tag zu legen pflegen, nichts zu ändern.

### □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Typographische Vereinigung.) Nach kurzer Sommerpause nahm die Vereinigung ihre Tätigkeit wieder auf. Gleichsam als Einleitung fand am 4. Oktober im großen Konzertsaal der Brauerei Sappold das erste Stiftungsfest statt. Kollege Massini als Gründer der Vereinigung hielt die Laudrede. In glänzender Weise auflebte er sich seiner Aufgabe und fragte so zum guten Besingen das Festes sein Bestes bei. — Am 1. Oktober sprach Kollege Schöder über „Die Herstellung von Schriftgießereizerzeugnissen“; als Ergänzung dieses Vortrages fand am 7. Oktober eine Besichtigung der Schriftgießerei und Messinglinienfabrik von Berthold statt. Trotz der großen Teilnehmerzahl von 140 Personen hatte die Firma eine wunderbare Organisation getroffen, so daß es jedem Teilnehmer möglich war, den Arbeitsprozeß vom Beginne bis zur Fertigstellung zu verfolgen. Selbst für einen gemüthlichen Schlüsselhappen war seitens der Firma Sorge getragen. — Am 15. Oktober sprach Kollege Söhne über: „Die Bedeutung der Schmalzmaschine für das Buchdruckgewerbe“. An zahlreichen Aufstellungsmaterialien zeigte der Redner die wirtschaftliche Bedeutung der Schmalzmaschinen und die verschiedenen Systeme. — Die Versammlung am 5. November konnte einen Vortrag des Herrn Schütz von der Firma Kellriegel & Semmer über „Die Herstellung von Buchdruckschleifen“ entgegennehmen. An der Hand eines ausreichenden Demonstrationmaterials zeigte Redner die Herstellung sämtlicher Arten von Buchdruckschleifen. — Am Auftagsvormittage konnte der große Saal im „Gewerkschaftshause“ die Teilnehmer kaum fassen. In diesem Tage wurde von dem Vertreter der Maschinenfabrik Seiler ein Vortrag über „Das Tiefdruckverfahren“ gehalten. In ausgezeichnete Weise verstand es der Vortragende, das zahlreiche Publikum mit dieser neuen Materie bekanntzumachen. — An der Besichtigung einer Tiefdruckmaschine im Betrieb am darauffolgenden Sonntag (23. November) in der Maschinenfabrik von Seiler nahmen 453 Kollegen teil. Durch diese Veranstaltung war es einer größeren Anzahl unserer Mitglieder möglich, sich über diese in den einzelnen Geschäften leider immer noch unter Schloß und Riegel gehaltene Neuerung zu informieren. Diese Geheimniskrämer der bestehenden Firmen ist einfach unverständlich und erinnert an die Zeit vor 10 bis 15 Jahren, wo man die Schmalzmaschinen genau so absperrte wollte. Damals — wie jetzt — prangten an den Türen dieser Abteilungen Plakate, wodurch der Zutritt Unbefugter durch sofortige Entlassung gehandelt werden sollte. Als man dann genügend probiert und herumexperimentiert hatte und die Aufstellung der Maschinen schneller vor sich gehen konnte, schloß es auf einmal an genügend Maschinenlehren, aber die Schuld hatten die bösen Geister, die man bisher von den Maschinen möglichst ferngehalten hatte. So wird es auch mit diesem neuen Verfahren gehen, wenn nicht beizellen vorgebeugt wird. Wir Gelehrten haben alle Verantwortung, schon jetzt auf dem Posten zu sein und dieser Geheimniskrämer entgegenzuwirken. — Ein andres Gebiet, worüber in Kollegenkreisen große Unkenntnis herrscht, ist die moderne Reklame. Aus dieser Erkenntnis heraus hatte der Vorstand den Propagandachef der Zigarettenfabrik Manoli, Herrn E. C. Hermann Schmidt, zu einem Vortrag über „Moderne Reklame“ gewonnen. Ein äußerst fesselnder Vortragsweise schilderte Redner die Entwicklung der Reklame von dem behördlichen Ankündigungswesen in den frühesten Zeiten bis zur eigentlichen Geschäftsreklame





frohem die Erklärung in seinem Blatte veröffentlichte, einen Vertrauensbruch begangen habe, der in der deutschen Presse unerhört ist und im Interesse der Ehre und des Ansehens des Redakteursstandes scharf verurteilt werden muß."

**Physiologische Untersuchungen über die Streiffrage**  
**Fraktur oder Antiqua.** Die oft gehörte Behauptung, daß die Deutschschrift den Augen schädlicher sei als die Lateinschrift, haben den Assistenten an Physiologischen Institute der Universität Kiel, Herrn Dr. Schwabow, veranlaßt, einen Apparat zu konstruieren, der völlig einwandfrei experimentell-physiologische Beobachtungen nach dieser Richtung hin anstellt und mit welchem im verflochtenen Jahr in zwölf deutschen und außerdeutschen physiologischen Instituten gearbeitet wurde. Die Tätigkeit des Auges beim Lesen besteht darin, daß es ruckweise Bewegungen ausführt, in den Ruhepausen dazwischen faßt es einen Teil der Zeilen auf. Je mehr Bewegungen nun das Auge beim Lesen machen muß, um so stärker wird es angestrengt, denn die vielen kleinen Bewegungen sind es, die das Auge ermüden und schädigen. Deshalb muß diejenige Schriftart die lesbarste sein, die einen möglichst großen Zeilenabstand während der Ruhepause des Auges auf einmal erfassen läßt. Der erwähnte Apparat zeichnet die Augenbewegungen des Lesenden genau auf, der Lupepaß registriert selbständig die Anzahl und die Zeitabstände seiner Bewegungen. Die an Studenten angestellten Versuche haben ergeben, daß eine gewöhnliche Buchzeile in deutscher Schrift durchschnittlich mit fünf Augenbewegungen, in Lateinschrift mit sieben Augenbewegungen bewältigt wird. Beispielsweise erfordert ein in Fraktur gesetztes Buch von 100 Seiten etwa 17500, ein Antiquabuch derselben Sahanordnung, Seiten- und Zeilenzahl 24500 Bewegungen. Durch diese Untersuchungen ist die leserechnische Überlegenheit der Fraktur experimentell einwandfrei festgestellt; sie soll zum mindesten 25 Proz. betragen. Der Grund, weshalb die Lateinschrift das Auge bedeutend mehr anstrengt als die Deutschschrift liegt in der schärferen Charakteristik der Fraktur (Unters- und Oberlängen, Buchstabenuppelungen, individuelle Manierlichkeiten der Einzelformen), wodurch mehr bildhaffere Wörtergruppen entstehen als bei der vorzugsweise aus Geraden und Kreissegmenten bestehenden Lateinschrift. Neben der rascheren Ermüdung des Auges durch die Antiqua soll letztere auch die Kurzichtigkeit verschlimmernd beeinflussen. Der Konstrukteur des Apparates fordert deshalb für die Schulbücher unbedingt die Fraktur, die sich seinen Beobachtungen zufolge selbst im Ausland einer immer mehr zunehmenden Verbreitung erfreue.

**Gegen den Fremdwörterkampf.** Auf eine Eingabe des Alldeutschen Verbandes an den preussischen Landtag, gegen die zunehmende Fremdwörterfülle im geschäftlichen Leben vorzugehen, hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe geantwortet, daß eine Änderung nur durch den Erlaß reichsgesetzlicher Bestimmungen möglich sei. Dadurch würde aber nur die Geschäftswelt (Firmenrecht, Schutz geistigen Eigentums, Warenbezeichnung) getroffen, das Übel aber nicht beseitigt, da das Publikum größtenteils selber die Schuld an der Fremdwörterfülle trage. Die fremdsprachlichen Firmenbezeichnungen und Warenbenennungen geschähen zum Teil nur, um der Vorliebe für fremdländisches Wesen und ausländische Beziehungen Rechnung zu tragen. Das Publikum erhalte oftmals unter fremdländischer Bezeichnung dennoch deutsche Waren, und es läge deshalb im Interesse der Geschäftswelt, die Vorurteile gegen deutsche Erzeugnisse zu beseitigen und die Bestrebungen zu unterstützen, die darauf hinarbeiten, fremdländische Firmennamen, Geschäftsausschriften und Warenbezeichnungen durch deutsche zu ersetzen. Der Minister gibt dann der Erwartung Ausdruck, daß die amtlichen Handelsverträge, die gewerblichen Fachverbände und Interessentenvereinigungen der Bekämpfung der Fremdwörterfülle im geschäftlichen Leben ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

**Zur wirtschaftlichen Verschuldung des Arbeiters.** Eine beachtenswerte Betrachtung über die Frage „Darf der Arbeiter Schulden machen?“ fanden wir in Nr. 14 der Wochenchrift für Kapital und Arbeit, „Die Konjunktur“, deren Objektivität und sachliche Berechtigung uns veranlaßt, sie unsern Lesern nachfolgend zur Kenntnis zu bringen. Sie lautet: „Es ist eine bekannte Tatsache, daß die gesamte kapitalistische Volks- und Weltwirtschaft zu einem erheblichen Teil auf einem weitverzweigten Kreditssystem aufgebaut ist. Fast jeder Unternehmer arbeitet ganz oder teilweise mit fremdem Geld. In Zeiten finanzieller Krise zeigt sich gewöhnlich, ob das Kreditssystem gesund oder morsch war, und die Statistik der Konkurse und Zahlungs-einstellungen liefert die allerunmöglichen Belege über die Ausmerzung der 'faulen' Kreditnehmer. Der Geschäftsmann ist auf die Inanspruchnahme des Kredits vielfach direkt angewiesen, weil er selbst nicht über ausreichende Betriebskapitalien verfügt. Er 'arbeitet' mit dem fremden Geld. Anders der Privatmann, der höhere Beamte, Offizier usw., der oft genug Kredit in Anspruch nimmt, während er bei weiser Beschränkung seines luxuriösen Aufwandes schuldenfrei bleiben könnte. 'Schulden wie ein Major' (neuerdings wohl auch wie eine Majorswitwe), hat nach dem Volkstumde jeder, der zu tief in die Kreide geraten ist. Es ist nicht zu leugnen, daß das sparame Wirtschaften in den sogenannten besseren Kreisen immer mehr nachläßt und daß die Verschuldung gerade hier bedenkliche Fortschritte macht. Man kann nur in seltenen Fällen von einer unverfälschten Notlage und von einer berechtigten Inanspruchnahme des Kredits sprechen. Die Geschäftsleute, die auf 'feinere Freundschaft' rechnen müssen, wissen hierüber ein Lied zu singen. In den breiten Volksschichten ist im allgemeinen das Borgwesen nicht so stark verbreitet, weil sich hier die Geschäftsleute eine gewisse Reserve

auflegen und das Schuldkonto des einzelnen nicht hoch anwachsen lassen. Auch die Ausbreitung der Konsumvereine und Warenhäuser hat hier eine erzieherische Arbeit ganz nebenbei geleistet. Aber es sind noch genug Schäden sichtbar, auf die man vor allem die Arbeiterfrauen hinweisen sollte, um einer weiteren Knebelung des Konsums durch kruppelnde Geschäftsleute vorzubeugen. In Zeiten schlechter Arbeitsmarktlage ist gar mancher Arbeiter, der eine kinderreiche Familie zu ernähren hat, darauf angewiesen, Kredit in Anspruch zu nehmen. Dies wird vielfach benutzt, um ihn in völlige Abhängigkeit von Krämer, Händler usw. zu bringen. Ist ein solches wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis einmal begründet, so ist es für den Arbeiter sehr schwer, mitunter fast unmöglich, sich davon freizumachen. Besonders krasse Mißstände herrschen in dieser Beziehung in einigen Bergbauregionen. Aber auch dort, wo eine besser situierte Arbeiterschaft in Betracht kommt, wird über zu starke Verschuldung geklagt. So ist es z. B. bekannt, daß in der alten Mülentadt Jena gar mancher der dort aufgezählten optischen Arbeiter hinsichtlich der Schuldenlast mit den Studenten konkurrieren kann. Es ist deshalb sehr wesentlich, weiteste Kreise immer darauf hinzuweisen, daß derjenige, der auf Kredit kauft, schlechter bedient wird und höhere Preise zahlen muß als jeder, der bar bezahlt. Es ist ferner bekannt, daß vielfach dem Arbeiter mit Wändung, Anzeige usw. gedroht wird, wenn er in den Geschäften nicht mehr kaufen will, wo er Schulden hat. Hieraus ergibt sich die eigentlich selbstverständliche Lehre, nur in Notfällen Kredit in Anspruch zu nehmen. Die Konsumgenossenschaften haben die große Gefahr, die ihren Mitgliedern aus vorübergehender Arbeitslosigkeit, Krankheit usw. in wirtschaftlicher Beziehung erwachsen kann, längst erkannt und liefern ihnen in solchem Falle Ware auf Kredit zu anständigen Bedingungen, um einer gefährlichen Verschuldung vorzubeugen. Vielfach werden sogar Brose usw. an Arbeiterfamilien, deren Ernährer arbeitslos ist, gratis abgegeben. Die gegenwärtige abnorm grobe Arbeitslosigkeit bildet naturgemäß für die ohnehin schon recht problematische wirtschaftliche Selbständigkeit und Freiheit des Arbeiters eine besondere ernste Gefahr."

**Die Unternehmer gegen die Gesellschaft für Soziale Reform.** Die von der Gesellschaft für Soziale Reform neuerdings an den Tag gelegte größere Energie zur Erreichung weiterer Fortschritte auf sozialpolitischem Gebiete hat dazu beigetragen, daß sich die Gesellschaft frühere Sympathien in Unternehmerkreisen fast ausnahmslos verschert hat. Solange die Gesellschaft sich lediglich mit schönen Reden begnügte und nebenbei auch die entschiedeneren Bestrebungen der freien Gewerkschaften auf sozialwirtschaftlichem Boden kritisierte, erfreute sie sich nicht weniger Gönner in Unternehmerkreisen, hatte aber dafür auch um so weniger praktischen Erfolg. Nun aber die Gesellschaft sich auf ihrer letzten Tagung einige erfreuliche Miße gegeben hat, die großen sozialwirtschaftlichen Schäden unserer Zeit schärfer als bisher zu beleuchten und Mittel und Wege für deren Beseitigung zu beraten, die den Unternehmern weniger gefallen, dafür aber um so mehr Zuspruch auf Zulauf haben, wenn die gesetzgebenden Körperschaften zukünftig danach handeln würden. Ist die Gesellschaft bei vielen Unternehmern in große Ungnade gefallen; sie ist, wie man zu sagen pflegt, unten durch. So hat erst dieser Tage der Verein deutscher Bleifarbenfabrikanten in Köln öffentlich seinem Bestreben über Äußerungen des Staatsministers a. D. von Bepelshoff über das moderne Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern Ausdruck gegeben und die mehr als gemäßigten Worte des genannten Herrn auf der Düsseldorf-Tagung für Soziale Reform als weiskundig bezeichnet. Ferner wurde von der gleichen Seite der Verein der Industriellen in Köln aufgefördert, auch seinerseits gegen die von der genannten Gesellschaft neuerdings verfolgte Richtung Stellung zu nehmen. Den Mitgliedern des Vereins der Kölner Industriellen war schon früher von dessen Geschäftsführung ein kurzer Bericht über die Düsseldorf-Tagung erstattet worden, worin deren gemäß Zulammenfassung und Verhandlungen „vorwiegend gewerkschaftlicher Charakter“ gekennzeichnet worden war. Der Vorstand seinerseits stimmte der Aufstellung des Vereins deutscher Bleifarbenfabrikanten vorbehaltenlos zu, indem er ebenfalls die einseitige Berücksichtigung der Arbeiterbestrebungen durch die erwähnte Gesellschaft beanstanden mußte, die sich sowohl in den leitenden Vorträgen als auch in den Erörterungen über die zur Verhandlung stehenden Fragen bekundet hatte. So wird den Herren von der Gesellschaft für Soziale Reform teils offen, teils verdeckt zu verstehen gegeben, daß sie in den Augen der zielbewußten Unternehmerverbände nicht besser schmelten als die verhassten Gewerkschaften. Hoffentlich lassen sich die leitenden Kreise des Vereins für Soziale Reform dadurch nicht in die Wolkshorn jagen. Denn ihr Streben dient dem Wohle der großen Volksmehrheit und die Berücksichtigungen der Unternehmerverbände wurzeln in nackten Klasseninteressen, die dem Volkswohle schaden und als typisches Zeichen klassenkämpferischer Arroganz auf Unternehmenseite zu beurteilen sind. Und je mehr die Herren Professoren, Sozialpolitiker und sonstigen führenden Kreise der Gesellschaft für Soziale Reform von der Notwendigkeit der Bewirklichung ihrer idealen Ziele überzeugt sein werden, desto eher werden sie an solchen Erörterungen erkennen, wo die eigentlichen Sündenründe eines gerechten Ausgleichs der sozialen Gegensätze zu suchen sind, wie leicht man heutzutage in den Verdacht geraten kann, gewerkschaftlich und damit auch sozialistisch infiziert zu sein, lediglich deshalb, weil man für erhöhten Arbeiterschutz eintritt. Und wenn sie darin keine Schande erblicken, dann werden sie auch zugeben, daß die bisherige Organisationszerpflückung in Arbeiterkreisen nichts anderes als eine kurzfristige Sünderei ist, die von jedem wahren Volkstreuen entschieden bekämpft und nicht gefördert zu werden verdient.

**Das Projekt einer deutschen Streikpolizei.** Im Auftrag des Verbandes sächsischer Industrieller hat der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann eine Eingabe an das sächsische Ministerium gerichtet, worin gefordert wird, daß bei sämtlichen Polizeibehörden und bei der Landgenarmarie Sachsens geeignete Beamte ausgebildet werden, um den örtlichen Polizeibehörden bei Streiks und Ausperrungen zur Verfügung zu stehen. In der Begründung wird gesagt, daß die örtlichen Polizeibehörden sich über den Umfang ihrer Befugnisse nicht allenfalls klar sein und daher vielfach geeignete Beamte fehlen, denen die äußerst schwierige Aufgabe der Überwachung der Streikposten anvertraut werden könne. In dieser Begründung wird also ohne es zu wollen zugegeben, daß es sich nur um eine planmäßigere Überwachung der Streikposten im Unternehmerinteresse handelt. Es wird die Schaffung einer staatlichen Unternehmerpolizei gefordert, die dazu berufen sein soll, die Arbeiterkraft in der Ausübung ihrer gesetzlich begründeten Rechte zu hindern, damit der Profit der Unternehmer nicht geschmälert werde, mögen die Forderungen und Bestrebungen der Arbeiter noch so berechtigt sein. Denn würde es sich für die Polizei nur darum handeln, die Ruhe, Ordnung und Verkehrssicherheit auf den Straßen vor einem befreiten Betriebe aufrechtzuerhalten, so könnte sie dies bedeutend besser erfüllen, wenn sie die eigentlichen Streikposten damit betrauen würde, die ja keine andere Aufgabe haben, als im Streitfalle anständige Menschen vor Unternehmerrückstößen und vor Verlust ihrer Ehre zu bewahren.

**Schattenseiten der Reichsversicherungsordnung.** Nachdem der Konflikt mit den Ärzten und der Berliner Krankenkasse schon vor der jetzt erfolgten zentralen Einigung rechtzeitig beigelegt worden war, erhebt sich ein neuer Konflikt von nicht minderer Bedeutung. Als Vorsitzender für die Krankenkasse, die einen Mitgliederbestand von ungefähr einer halben Million aufweist, war der Abgeordnete Gustav Bauer (weiterer Vorsitzender der Generalkommission) in Aussicht genommen. Die Arbeitgeber haben nun in letzter Stunde dagegen Stellung genommen und bestehen darauf, daß der von ihnen vorgeschlagene Kommerzienrat Simon das Amt des Vorsitzenden erhalten soll. Die erste Sitzung des neuen Vorstandes verlief resultatlos, da sich bei der Wahl beide Parteien scharf gegenüberstanden. Am 5. Januar wird in der erneuten Vorstandssitzung nochmals die Wahl vorgenommen werden. Sollte auch da keine Einigung erzielt werden, so würde also das Oberversicherungsamt die Befugnisse haben, einen Vorsitzenden zu bestimmen. In Leipzig ist schon seit längerer Zeit der gleiche Konfliktfall bei der Wahl des ersten Vorsitzenden zu verzeichnen. Hier wurde der langjährige Vorsitzende Pöschner bei der kürzlich fällig gewordenen Neubesetzung dieses Postens von den Unternehmern nicht mehr gewählt. An seiner Stelle wurde von den Unternehmern ein Rechtsanwalt, Professor Dr. Börner, protegiert und vom Versicherungsamt der Stadt Leipzig zum Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Leipzig-Stadt bestellt, und zwar trotz des einstimmigen Protestes der Arbeitnehmervertreter. Gleichzeitig wurde vom Versicherungsamt in Leipzig auch bestimmt, daß die Sitzungen des Klassenausschusses nicht mehr im Leipziger „Volkshaus“, sondern in einem „politisch neutralen“ Lokal abgehalten seien, obwohl der gesamte Klassenvorstand, also auch die dazu gehörigen Unternehmervertreter, ausdrücklich den Beschluß gefaßt hatten, eine Sitzung am 7. Januar 1914 im „Volkshaus“ abzuhalten. So wird durch die neue Reichsversicherungsordnung das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen in wichtigen Punkten tatsächlich aufgehoben.

**Verfall von Volksversicherungen.** Einer der allgemein anerkannten Nachteile bei der Volksversicherung ist der ungemein häufige Verfall von Versicherungen in den ersten drei Jahren. Wenn der Versicherte in dieser Zeit seine Prämien nicht mehr weiterzahlen kann, erlischt bei den Privatgesellschaften die Versicherung unter vollem Verzicht der bereits bezahlten Prämie. Die durch die Genossenschaften und Gewerkschaften gegründete „Volksfürsorge“ stellt diesen großen sozialen Mangel dadurch ab, daß sie bei Nichtweiterzahlen im ersten Jahre der Versicherungsdauer die bereits bezahlten Prämien unter Abzug eines angemessenen Prozentsatzes für Risiko und Verwaltung als einmalige Prämie auf die Sparereicherung überträgt und die Versicherung in eine prämiertfreie Versicherung umwandelt. Daß diese Reform eine große Bedeutung für das arbeitende Volk hat, das jetzt offenkundig die große Zahl der im Jahre 1912 vergütungslos verfallenen Versicherungen in nachfolgender Zusammenstellung:

Gesellschaft	Gesamt- abgang	Davon Verfall ohne Ver- gütung	Prog. vom Gesamt- abgang	Ohne Ver- gütung ver- fallene Ver- sicherungs- summe in Tausenden Mark
Viktoria . . . . .	316303	88666	28,0	26557
Friedrich Wilhelm . . . . .	186369	131161	70,4	23447
Edna . . . . .	66507	52977	79,7	10350
Wilhelma . . . . .	26292	20347	78,5	6008
Deutschland . . . . .	11227	7647	67,2	1712
Arminia . . . . .	16675	4567	27,4	938
Saumburg-Mannheim . . . . .	15009	11170	74,4	3590
Arania . . . . .	7058	4069	57,6	930
Allgemeiner Deutscher Versicherungsverein	2286	798	34,9	304
Trena . . . . .	9175	9007	98,2	2562

**Verschiedene Eingänge.**  
 „Fachmittlungen für die Mitglieder der deut-  
 schen Korrekturendereine.“ Herausgegeben von der  
 Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands. Nr. 30.





Das erste Heft der  
**Typographischen  
 Mitteilungen**  
 das in einer Auflage  
 von 21000 gedruckt  
 wurde, erscheint am  
 12. Januar 1914.

Einige wichtige, in wissenschaftlichem Sach-  
 fahre, zuverlässige, ältere [46]

**Seher**

für dauernde Stellung gesucht.  
 Paul Dünnschmitt, Buchdrucker und Verlag,  
 Köthen i. Anhalt.

Ein zuverlässiger

**Maschinenmeister**

mit Königs Bogenanleger vertraut, im Tabellen-  
 druck durchaus bewandert, nach dem Rheinlande  
 gesucht. Offerten unter Nr. 36 an die Geschäfts-  
 stelle dieses Blattes erbeten.

**Maschinenmeister**

vertraut mit Königs Bogenanleger, für Illustrations-  
 und Werldruck sowie ein Maschinenmeister im  
 Farbenrucke bewandert für Mitte Januar gesucht.  
 Nur tüchtige Kräfte wollen schriftliche Angebote mit  
 Gehaltsansprüchen einreichen. [27]  
 Berlin für Postfach, R. Meusel,  
 Stuttgart, Marienplatz 12.

**Siegeldruckmaschinenmeister**

nur erste Kraft, für Hausdruckerei einer  
 Leipziger Schriftgießerei gesucht. Offerten  
 mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 33 an die  
 Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Gewandte Teilerin**

zu sofortigem Eintritt gesucht. [29]  
 A. Numrich & Co., Schriftgießerei,  
 Leipzig-R.

**In Leipzig sucht  
 Akzidenzseher**

(Meister), der guten Geschmack besitzt und selbst-  
 ständig zu arbeiten versteht. Stellung, W. Offerten  
 unter Nr. 41 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**= Siegeldrucker =**

in mittleren Jahren, gut versiert in Drei- und Vier-  
 farben-, Illustrations- und Zundruck, sucht baldigst  
 selbständigen Posten auf Qualitätssarbeit oder als  
 Abteilungsleiter in Leipzig. Offerten mit näheren  
 Angaben u. Nr. 34 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

**Schriftgießereifaktor**

gelesenen Alters, guter Komplexmaschinenkennner,  
 auch vertraut mit allen Erzeugnissen einer modernen  
 Handbesagavanoplastik, sucht in gutem Hause  
 Stellung. Gefällige Offerten unter M. 47 an die  
 Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Wohnender Nebenverdienst**

Suche für jeden Ortsverein resp. größere Buch-  
 druckerei [44]

**Strebjamen Vertreter**

für Aktien, Minjetten usw. bei sehr hoher Provision.  
 Kollege B. Mathaens, Dessau, Postfach.

**Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe v.**

A. B. Lindt, Mitglied der  
 Meisterprüfungskommission  
 in München 2 SO. 3. erw. Auflage, 320 Mh.,  
 p. Nachh., 3,10 Mh. bei Boreini, auf Postfach-  
 konto 910. Unentbehrliches Handbuch für jeden  
 Strebjamen Buchdrucker. [24]

**Berlin Charlottenstraße 7**

(vis-à-vis Berliner Theater).  
 Empfehle den Kollegen, schöne Vereins-  
 stimmer für Sitzungen (bis 100 Pers.) u. Fest-  
 lichkeiten aller Art. — Zwei Kegelbahnen. —  
 Billard. — Gute Küche. — Franz Schirm.

Neu!

**Hahniol**

Patentamtlich eingetragen

**Moderne Eisen- u. Stahlputz-Pasta**

Kratzt nicht wie Schmirgelpapier poliert schneller u. müheloser  
 Unentbehrlich für alle Druckerei-Maschinen

**Hält Fundamente u. Schliessplatten**

eben und rostfrei.

Verhindert und entfernt Rostbildung.

Chemische Fabrik O. Kossack, Düsseldorf.

Neu!

Neu!

**Ortskrankenkasse**

**für das Buchdruckgewerbe zu Berlin**

Am 1. Januar 1914 tritt die nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung  
 abgeänderte Satzung, untrer Kasse in Kraft. Die wichtigsten Bestimmungen der neuen  
 Satzung sind die folgenden:

Die haren Leistungen der Kasse werden nach einem Grundlohn bemessen. Als solcher gilt der nach  
 der verordneten Lohnhöhe stufenweise festgesetzte durchschnittliche Tageslohn der Kassenmitglieder bis  
 sechs Mark für den Arbeitstag. Zur Festsetzung des Grundlohns werden die Kassenmitglieder in sieben  
 Stufen eingeteilt. Es gehören in die

Stufe A: alle ohne Entgelt beschäftigten Lehrlinge.

I:	die Kassenmitglieder mit einem täglichen Entgelt bis einschließlich 0,99 Mh.,	1,99
II:	" " " " " " " " " " " "	2,99
III:	" " " " " " " " " " " "	3,99
IV:	" " " " " " " " " " " "	4,99
V:	" " " " " " " " " " " "	5,99
VI:	" " " " " " " " " " " "	von mehr als 5,99
VII:	" " " " " " " " " " " "	

Siernach wird der Grundlohn bis auf weiteres festgesetzt:

für die I. Stufe auf 1,00 Mh.	1,50
II. " " " " " " " " " "	2,50
III. " " " " " " " " " "	3,50
IV. " " " " " " " " " "	4,50
V. " " " " " " " " " "	5,50
VI. " " " " " " " " " "	6,00
VII. " " " " " " " " " "	

Jedes Kassenmitglied wird auf Grund seiner Anmeldung nach seinem Arbeitsentgelt durch die Kasse  
 einer Lohnstufe zugeteilt, die in das Quittungsbuch des Kassenmitgliedes (§ 52) einzutragen ist.  
 Ändert sich der Lohn, so ändert sich die Lohnstufe erst mit der nächsten Beitragszahlung.  
 Krankengeld wird in Höhe des halben Grundlohns für jeden Arbeitstag und für die Feiertage,  
 welche nicht auf einen Sonntag fallen, gewährt, wenn die Krankheit den Versicherten arbeitsunfähig macht.  
 Lehrlingen, die ohne Entgelt beschäftigt werden, wird Krankengeld nicht gewährt.  
 Das Krankengeld beträgt demnach für die Kassenmitglieder der

Stufe I:	0,50 Mh.
II:	0,75 "
III:	1,25 "
IV:	1,75 "
V:	2,25 "
VI:	2,75 "
VII:	3,00 "

Die Krankenhilfe endet spätestens mit Ablauf der zwanzigsten Woche nach Beginn der Krankheit.  
 Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf  
 Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert  
 gewesen sind, erhalten ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes für acht Wochen, von denen min-  
 destens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Neben Wochengeld wird Krankengeld  
 nicht gewährt; die Wochen nach der Niederkunft müssen zusammenhängen.  
 Mit Zustimmung der Wöchnerin können an Stelle des Wochengeldes Stur und Verpflegung in einem  
 Wöchnerinnenheim gewährt werden.  
 Schwangeren Mitgliedern, die ununterbrochen mindestens sechs Monate der Kasse angehört und Bei-  
 träge gezahlt haben, wird

1. wenn sie infolge der Schwangerschaft arbeitsunfähig werden, ein Schwangerengeld in Höhe des  
 Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen gewährt. Auf die Dauer dieser Leistung  
 wird die Zeit der Gewährung des Wochengeldes vor der Niederkunft angerechnet.
2. ärztliche Behandlung, die bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird, gewährt.  
 Wöchnerinnen, die vor Beginn der Wochenhilfe mindestens sechs Monate ununterbrochen der Kasse  
 angehört und Beiträge gezahlt haben, erhalten bis zum Ablaufe der zwölften Woche nach der Nieder-  
 kunft, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes.  
 Als Sterbegeld wird beim Tod eines Mitgliedes das Dreifache, und wenn das Mitglied ununter-  
 brochen länger als 13 Wochen der Kasse angehört und Beiträge gezahlt hat, das Vierfache des  
 Grundlohns (§ 16), mindestens aber ein Beitrag von fünfzig Mark gezahlt.  
 Das Sterbegeld beträgt demnach bei einer Mitgliedschaft

	bis 13 Wochen	über 13 Wochen
in der A-Stufe	50 Mh.	50 Mh.
I.	50	50
II.	50	60
III.	75	100
IV.	105	140
V.	135	180
VI.	165	220
VII.	180	240

Stirbt ein als Mitglied der Kasse Erkrankter binnen einem Jahre nach Ablauf der Krankenhilfe an  
 derselben Krankheit, so wird das Sterbegeld gewährt, wenn er bis zum Tod arbeitsunfähig gewesen ist.  
 Im Todesfalle des Ehegatten eines Mitgliedes gewährt die Kasse ein Sterbegeld in der Höhe der  
 Hälfte, im Todesfalle eines Kindes eines Mitgliedes im Alter von 4 bis 16 Jahren in der Höhe eines  
 Viertel und im Todesfalle eines Kindes im Alter bis zu vier Jahren einschließlich in Höhe eines  
 Achtels des für das Mitglied festgesetzten Sterbegeldbetrags. Das Angehörigensterbegeld ist um den Be-  
 trag des Sterbegeldes zu kürzen, auf das der Verstorbenen selbst gesetzlich versichert war.  
 Die Beiträge betragen pro Woche:

Stufe A.	18 Pf.
I.	27 "
II.	39 "
III.	66 "
IV.	90 "
V.	120 "
VI.	147 "
VII.	159 "

Die Abführung der Beiträge an die Kasse hat kostenfrei zu erfolgen. Für die Versicherungs-  
 pflichtigen haben die Arbeitgeber diese Beiträge an die Kasse abzuführen.  
 Ein Drittel der Beiträge haben die Arbeitgeber auch für solche Personen zu zahlen, die Mitglieder  
 einer Ortskrankenkasse sind, auch wenn diese Personen Beiträge nicht zahlen.

Besondere Merkblätter über den Inhalt der neuen Kassensatzung können von den  
 Mitgliedern im Kassensaal, Alexandrinenstraße 44, bezogen werden.  
 Berlin, den 31. Dezember 1913.

**Der Vorstand**

S. Blenz, Vorsitzender. Otto Wontzki, Schriftführer.

**Profit Neujahr!**

Wünsche von Herzen gern  
 Allen Kollegen von nah und fern  
 Meinen größten Feinden sogar  
 Ein glückliches, neues Jahr!

Wilhelm Spiesberger, Konstanz,  
 Untere Laube 17.

Chemal. Rattengussel-Redakteur.

Allen Brudervereinen zur Jahreswende  
 die besten Glückwünsche!  
 Maschinenmeisterverein Konstanz.

Am 29. Dezember verschied nach längerer  
 Krankheit, doch unerwartet, unser lieber  
 Kollege, der Seher [38]

**Heinrich Bayer**

im Alter von nahezu 40 Jahren, infolge  
 Herzerkrankung.  
 Das Andenken des allgemein beliebten  
 und immer gern und eifrig mitarbeitenden  
 Kollegen wird stets in Ehren halten  
 Der Bezirksverein Nachen.

Am 29. Dezember verschied unser werter  
 Kollege, der Seherinvalid [30]

**Emil Dohert**

aus Pöschl, im 66. Lebensjahre.  
 Der Verstorbenen, der mit zu den Grün-  
 dern des Gaus Schellen zählte, hat es in  
 reichem Maße verstanden, sich die Liebe  
 und Achtung seiner Kollegen zu erwerben,  
 weshalb wir ihm ein „Ruhe sanft“ nach-  
 rufen.  
 Glogau, den 30. Dezember 1913.  
 Der Bezirksverein Glogau.

Nach langem Leiden verschied am  
 23. Dezember unser lieber Kollege [31]

**Hermann Stannarius**

im Alter von 43 Jahren.  
 Sein freundliches, offenes Wesen, seine  
 Anteilnahme an allen Vorgängen der  
 Ortsvereine, haben ihm weit über das  
 Grab hinaus ein freies Andenken.  
 Ortsverein Halle a. S.

Am 28. Dezember verschied nach langem,  
 schwerem Leiden unser werter Mitglied,  
 der Schriftseher [32]

**Hermann Stannarius**

im Alter von 43 Jahren.  
 Ein treues Andenken bewahrt ihm  
 Gesangsverein „Gutenberg“, Halle a. S.

Am 30. Dezember 1913 verstarb unser  
 lieber Kollege, der Seher [43]

**Albert Schütt**

im blühenden Alter von 19 Jahren an  
 Lungenlähmung. Ehre seinem Andenken!  
 Die Mitgliedschaft Rostock.